

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 25 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Mittwoch, den 31. Januar 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

**Kampf um Frankreichs
Regierungsautorität**

**Englands
neuer Rüstungsschritt**
Seite 2

**Programm des revolutionären
Sozialismus**

Seite 3
Der hilflose Fede
Verluste zur See
Seite 5

Hitler als neuer Christus

Der Nazi-Führer an der Saar verlangt einen deutschen Papst Ungeheure Erregung im katholischen Lager

Der Kulturkampf, der im Hitlerreich immer schroffer das Konkordat durchbricht und zu immer schärferen Trennungslinien zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus führt, ist vor kurzem durch einen besonders sensationellen Beitrag bereichert worden. Er kommt aus Schweden und hat zur Grundlage das Saargebiet, dessen Bevölkerung zu 70 Prozent katholisch ist.

Im Dezember 1933 weilte Victor Binde, der Vertreter einer der größten schwedischen Zeitungen, der „Nya Dagligt Allehanda“, an der Saar und schrieb nachher eine Artikelserie über die hier gewonnenen politischen und sozialen Eindrücke. Am 20. Dezember erschien aus seiner Feder ein Aufsatz „Nationalsozialismus und Christentum“, der sich ausdrücklich auf die Ausführungen zweier führender katholischer Nationalsozialisten aus dem Saargebiet stützt. Wir müssen, nach der „Saarbrücker Landeszeitung“, diesen Aufsatz in seinen entscheidenden Stellen im Wortlaut wiedergeben:

„Ein richtiges Bild der Lage bekommt man erst, wenn man die Gegenseite, d. h. die nazitreuen Katholiken oder die katholischen Nazis ihre Ansicht zum Besten geben läßt. Ich habe mehrere von ihnen getroffen. Zwei schienen mir besonders sonderbar und meinungsstark zu sein, sowohl durch die hohe Stellung, die sie in der Partei bekleiden, wie auch durch die unzähligen Besuche, die sie bei der

höchsten Leitung in der Reichshauptstadt abstritten. Der eine war ein blonder Saarländer mit träumenden, blauen Augen. Er ist persona grata bei General Göring. „Hitler ist ein neuer, ein größerer, ein gewaltigerer Christus“, sagte er mit einem unbeschreiblich kindlich-trohen Lächeln. „Die Stärke des Nationalsozialismus liegt darin, daß er eine auf christlicher Grundlage aufgebaute Weltanschauung, nicht nur politisch, sozial oder religiös, sondern alles dies zugleich, mit einem Wort universell ist. Im Nationalsozialismus gibt es Platz für Gott und das Volk. Ich bin selbst Katholik“, fuhr er fort, „aber ich glaube, daß die römische Kirche innerhalb 30 Jahren nicht mehr in ihrer jetzigen Form bestehen wird. Sie wird dann Nationalsozialismus heißen.“

Ihr Prophet, ihr Papp, ihr Christus wird Adolf Hitler sein. Unsere Kinder, meine Kinder, werden nicht länger ihre Fingerringe in das Weihwasser. Sie bekreuzigen sich nicht mehr. Nein, sie machen einen Krach, heben die Hand und rufen: Heil Hitler. Sehen Sie, das ist die Religion der Zukunft.“

So sprach der eine. Der andere war kein Saarländer, aber Bayer und Katholik von Danie aus. Ein kleiner, dunkler Top, energisch und ein wenig brutal, der eine maßliche Rolle innerhalb der Partei spielt. Da ich Protestant bin, folglich „ein gewaltigerer Feind No. 2“, nimmt mein Mann kein Blatt vor den Mund. Er zeigt sich als ein schlimmer Antiklerikaler, von der Sorte, wie man sie heute nicht einmal mehr in Frankreich, dem Lande des Antiklerikalismus, findet. Zuerst kommen die „vollgesessenen“ Geistlichen dran, denen man anno 1933 ihre „letzen“ Stellungen nehmen wird, sie aus ihren „letzen“ und „reichen“ Vrüanden herausstreifen und sie den ärmeren Grundarbeitern gleichstellen wird. Sie sollen nicht länger befehlen, nicht mehr Herren sein, sondern Diener. Er sagte „bediente“. Die katholische Kirche ist für ihn nur ein großer Humbug, wenn er auch selbst Katholik ist.

„Wir wollen einen deutschen Papp in Berlin haben. Das ist Adolf Hitler. Den armen Pius brauchen wir nicht länger. Und in Zukunft werden wir uns die Direktiven von einem vom Rassen Gesichtspunkt aus mehr oder weniger zweifelhaften italienischen Kardinal verbitten. Unser Papp ist Adolf Hitler.“

Für diesen antiklerikalen Nazi, neben dem Combes, der Schrecken aller französischen Katholiken, sogar anheimelnd wirkt, muß die Autorität der Kirche vernichtet, ihre Hierarchie gebrochen werden. Die Römische Kirche ist ein Feind des Staates und deshalb muß man ihr die Existenzberechtigung verweigern. Katholik darf der Deutsche sein, aber nicht innerhalb der Römischen Kirche.

Wir Katholiken werden unter Hitlers Fahne einen nationalsozialistischen Katholizismus auf deutschem Boden gründen. Wir würden uns gern mit der Glaubensbewegung der Deutschen Christen vereinigen. Gemeinsam haben wir unseren Führer, unsere Rasse, unser Christentum.“

„Wie ein Prophet sieht Hitler über Deutschlands Grenzen hinaus. In 50 Jahren wird die ganze Welt von einem neuen Glauben durchdränert sein. Hitler wird der Gottesbegeistert der Zukunft sein, wie Christus es 2000 Jahre lang war. Eine geistige Umwälzung, heftiger, durchgreifender und revolutionärer als die Umgestaltung der Welt durch die Lehre Christi, wird aus der nationalsozialistischen Weltanschauung hervorgehen.“

Ich hatte nicht den Mut, mich gegen diese Redereien zu erheben. Wie eine Lawine führten die Worte über mich herein. Wahrscheinlich würde eine Entgegnung durch mich vollkommen nutzlos sein. Aber im Innern stelle ich mir die Frage, ob seine früheren Glaubensgenossen, die gläubigen Katholiken, einen zähen Kampf gegen diese neukatholischen Arier aufnehmen werden.

„Solange die Geistlichen ihre Gehälter erhalten, werden sie nicht murren, weiter erstreckt sich ihre Religion nicht.“

Soweit berichtet der schwedische Schriftleiter Binde, übrigens ein Protestant. Wer aber waren die Leute, die mit solcher Vehemenz und in einer bisher unerhörten Sprache Christus und den Papp emithronen, um an seine Stelle Hitler zu setzen? Im Saargebiet pfeifen es die Späßen von den Dächern, daß der eine der beiden „katholischen nationalsozialistischen Führer“ kein anderer als Herr Spaniol gewesen ist. Also der bitteramtlich eingesezte Repräsentant der „deutschen Front“ an der Saar, der fortanbernd besondere Vertrauensfundgebungen Hitlers, Görings und Papens erhält und veröffentlichen läßt.

Bereits am 4. Januar hat sich die „Straßburger Neue Zeitung“ mit dem Aufsatz in „Nya Dagligt Allehanda“ beschäftigt. Der Straßburger Sender hat darüber berichtet. Ein Dementi kam niemals. Es steht damit fest, daß der Aufsatz

in allen Punkten die Wahrheit wiedergibt. Es geht dabei nicht nur um weltanschauliche Grundzüge, die jedem andern als einem Naziführer einen Prozeß wegen Gotteslästerung und wegen Verächtlichmachung kirchlicher Einrichtungen einbringen würden. Das, was diese Nationalsozialisten dem schwedischen Journalisten sagten, ist durchaus nicht wesentlich verschieden von jenem antikatholischen Geiste, der sich in den Schriften Arthur Rosenbergs offenbart. Daß sich der Katholizismus das widerspruchlos gefallen läßt, gereicht ihm zur Unehre. Die besondere Würze des schwedischen Artikels liegt freilich darin, daß der katholischen Geistlichkeit an der Saar in kaum wiederzugebenden Worten offen gedroht wird, man werde sie 1935 davonlagern...

Der Katholizismus an der Saar steht vor einer Entscheidung. Werden sich seine Priester und seine Laienrepräsentanten diese „katholischen Nationalsozialisten“, die sie genau kennen, länger als ihre politischen Führer gefallen lassen? Sind sie mit der Haltung der „Saarbrücker Landeszeitung“ zufrieden, des maßgebenden katholischen Organs an der Saar, das zu dieser Angelegenheit in außerordentlich schwächlicher Weise Stellung nimmt? Die zurückhaltende Frage des Blattes an den Herrn Staatsrat Spaniol, ob er etwas von seiner Unterredung in seinem Büro wisse, und ob er sich selbst dem Sinne und dem Wortlaut nach so geäußert habe, wie es der schwedische Journalist darstellte, entspricht weder den Wünschen und den Interessen des katholischen Volkes an der Saar, noch kann sich die schwer beschimpfte katholische Geistlichkeit damit zufrieden geben.

Hier handelt es sich um nichts mehr und nichts weniger, als um eine offene Kriegserklärung an den Katholizismus!

Katholikenverfolgung im deutschen Rom Wie die katholische Jugend im heiligen Köln behandelt wird

Lassen wir den nationalsozialistischen „Westdeutschen Beobachter“ (Nr. 37) über die Kriegslage zwischen Katholizismus und Hitlerjugend in Köln sprechen:

Köln, 29. Januar.

Nachdem am Donnerstag vergangener Woche durch den Kölner Polizeipräsidenten Lingen die von dem katholischen Jugendverband „Neudeutschland“ beantragten Umzüge in Köln zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit untersagt worden waren und darüber hinaus am vorgestrigen Samstag den Gliederungen der Vereinigung „Neudeutschland“ weiter jegliches Auftreten in Bundesstraßen verboten worden war, haben sich gestern dennoch erhebliche Ueberschreitungen der polizeilichen Verbote ereignet. Die letztgenannte Verfügung des Polizeipräsidenten ist noch im Laufe des Samstagnachmittags den Neudeutschen ausdrücklich übermittle worden, so daß hier keine schuldliche Ueberschreitung, sondern Verabstättunges verbotswidriges Handeln vorliegt!

Vor und nach der alljährlichen Verpflichung der Bundesangehörigen der Neudeutschen in der Apostelkirche zogen einzelne Gruppen mit Teilnehmern in Bundesstraßen geschlossen und gingen durch die Straßen, verteilten dabei Flugblätter und Zeitungen und betrieben zugleich Propaganda für die katholischen Jugendorganisationen. Mit entrollten Wimpeln und Fahnen, was beides ebenfalls streng untersagt war, durchzogen die Gruppen die Kölner Straßen und ließen sich unerhörte Beleidigungen der deutschen Staatsjugend, der Hitler-Jugend, zuhören kommen! Dabei kam es in der Mittelstraße zu Zusammenstößen zwischen Hitler-Jugend und Neudeutschen, bei denen seitens der Angehörigen der katholischen Bände verabschende und aufreizende Reuerungen fielen, die natürlich nicht unbeantwortet bleiben konnten.

Des weiteren ereignete sich an der Agnes-Kirche in Köln-Nippes ein zweiter Zwischenfall. Dort wurde unter der bewußt unzutreffenden Mitteilung, daß Hitler-Jugend die Pfarrei und die Kirche besetzt hätte, das Ueberfallkommando der Schutzpolizei in Anspruch genommen. Zu vor hatte sich zwischen einem Hitlerjugendführer und einem Geistlichen der St. Agnes-Pfarre eine Unterhaltung abgespielt, die seitens der beteiligten Hitler-Jugend völlig ruhig und

gemessen geführt worden war, bei der jedoch seitens dieses Geistlichen Ausdrücke wie: „Die Hitler-Jugend ist eine total verhetzte Bande“, und „nach drei Jahren sprechen wir uns wieder“ fielen. Die näheren Umstände sind bereits einwandfrei protokolllarisch festgehalten, und die Staatspolizei ist mit der Klärung und Untersuchung beschäftigt.

Auf Grund dieser Ereignisse hat sich Polizeipräsident Lingen veranlaßt gesehen, noch in der Nacht von Sonntag auf Montag folgendes Verbot zu erlassen:

„Die Zwischenfälle am gestrigen Tage veranlassen mich, jede weitere Betätigung des Bundes „Neudeutschland“ im freien bis auf weiteres hiermit zu verbieten.“

Wir hoffen, daß die angeordnete Untersuchung über die Vorgänge am Sonntag, die mit aller Sorgfalt und Schärfe geführt wird, endlich die Stellung der Hitler-Jugend eindeutig klärt. Es ist den konfessionellen Bänden endlich ins Bewußtsein zu rufen, daß der Hitler-Jugend die einzig anerkannte deutsche Staatsjugend ist und bleiben wird, und daß alle abfälligen Äußerungen und erst recht alle beeinträchtigenden und provozierenden Handlungen als Veruche zur Untergrabung der Staatsautorität selber verfolgt werden!

An demselben Sonntag wurde in Köln-Niehl das neue Hitler-Jugendheim eingeweiht. Der Gebietsführer Wellen führte u. a. aus:

„Wer heute noch von der Kanzel herunter gegen die Hitlerjugend predigt, wer heute die HJ. unter irgendeinem Deckmantel und in irgendeiner Weise anzugreifen versuche, der würde von der unbegreifbaren Energie der Jugend mit brutalem Willen vernichtet. Wer gegen die HJ. kämpft, gleich in welcher Form, ist der Feind Deutschlands!“

In Köln residiert ein Kardinal-Erzbischof. Es ist die Metropole des deutschen Katholizismus, der nach einer fast verklungenen Legende ein Konkordat mit Hitlerdeutschland geschlossen hat.

Emigrant Wilhelm II.

Die Emigranten grüßen den Kollegen

Amsterdamer Emigranten haben am 27. Januar folgendes Telegramm an den Kaiser gerichtet:

Wilhelm von Hollenzollern

D o o r n (Holland).

Zum 75. Geburtstag: Wir kennen keine Parteien mehr, wir kennen nur noch Emigranten.

Die marxistischen Kriegsteilnehmer und jetzigen Emigranten in Holland.

Eine Antwort ist bisher nicht eingelaufen.

Oesterreich

Auch England mit der Beschwerde an den Völkerbund einverstanden?

Paris, 30. Jan. Der offiziöse „Petit Parisien“ will erfahren haben, daß nunmehr auch die englische Regierung sich von der Zwecklosigkeit eines gemeinsamen Schrittes der Mächte in Berlin in der österreichischen Angelegenheit überzeugt und deshalb sich für die von Frankreich befürwortete Anrufung des Völkerbundes ausgesprochen habe, falls die Reichsregierung sich weigern sollte, die von Bundeskanzler Dollfus geforderten Versicherungen zu geben. Wien sei bereits entsprechend benachrichtigt worden. Bundeskanzler Dollfus könne somit die Auffassung der Hauptmächte und werde zweifellos unverzüglich beim Generalsekretär des Völkerbundes höchst wahrscheinlich unter Berufung auf Artikel 11 Abs. 2 des Völkerbündepaktes die Einberufung des Völkerbundes beantragen.

Bedingungen der Sozialdemokratie

Wien, 30. Januar.

Die Antwort der Sozialdemokraten auf das Angebot des Bundeskanzlers Dr. Dollfus an die Arbeiterchaft, unter Zurückstellung aller klassenkomplexen Schlagworte sich in die große Vaterländische Front einzugliedern, liegt nunmehr vor. Der Parteirat der sozialdemokratischen Partei hat gestern zu der Rede des Bundeskanzlers Stellung genommen und in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß die österreichischen Sozialdemokraten, wie sie das schon wiederholt fundiert haben, auch jetzt bereit seien, an einer friedvollen und verfassungsmäßigen Entwicklung der politischen Krise mitzuwirken. Wenn eine Verfassungsreform auf verfassungsmäßigem Wege geschaffen werden sollte, dann müsse dies auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts geschehen und es müsse das freie Koalitionsrecht der Arbeiter und der Angehörigen gewährleistet werden. Die sozialdemokratische Arbeiterchaft stehe zur Unabhängigkeit Oesterreichs und sei bereit, sie mit allen Mitteln zu verteidigen.

Belgische Antifaschisten

Liga zur Verteidigung der Demokratie und der Freiheit

Eine große Anzahl von linksgerichteten Politikern und Männern des geistigen Lebens Belgiens ist mit einem Aufruf hervorgetreten, der zur Gründung einer Liga zur Verteidigung der Demokratie und der Freiheit auffordert. In dem Aufruf wird die Wahrung einer geistig-freiheitlichen Kultur als die traditionelle Mission Belgiens seit dem Mittelalter bezeichnet. Die neue Gesellschaft soll sich folgende Aufgaben setzen:

1. Die Diktatur in allen ihren Formen durch eine systematische Aktion zu bekämpfen.
 2. Die Vorzüge der Demokratie nachzuweisen.
 3. Die demokratische Institution zu studieren in der Absicht, sie zu verbessern.
 4. Die Presse über die Schandtat der autoritären Regierungen und die geheimen Kräfte der Diktaturbewegungen zu unterrichten.
 5. Die eigene Tätigkeit mit jener gleichgerichteter Organisationen in Belgien und in der Welt zu vereinigen.
 6. Den Opfern der Diktaturregierungen zu Hilfe zu kommen.
 7. Die Jugend für die Idee der Freiheit zu begeistern.
- Zu den Unterzeichnern gehören Dendrie de Man, Camille Huysmans, Emile Vandervelde, Arthur Wauters u. a. bekannte belgische Sozialisten.

Das Neueste

Die Außenminister der Balkanländer werden am 2. Februar in Belgrad zu einer Konferenz zusammentreten, auf der die Frage des Balkanpaktes behandelt werden soll.

Der britische Luftfahrtminister Lord Londonderry, der schon in Rom eingetroffen ist, wird Verhandlungen führen, die auf eine Beseitigung des regelmäßigen Luftverkehrs in Indien und Südafrika abzielen. Er wird am Mittwoch oder Donnerstag von Mussolini empfangen werden, der bekanntlich auch italienischer Luftfahrtminister ist.

Gegenüber einer Abordnung der Antikriegsvereinigung gab der Sprecher des nordamerikanischen Repräsentantenhauses der Hoffnung Ausdruck, daß es in diesem Jahre kein russisch-japanischer Krieg geben werde. In Behördenkreisen wird die Meldung der Washington-Post demontiert, daß angeblich norwegische und britische Schiffe für den Transport von Chileskapeter nach Japan und nach Rußland gechartert worden seien.

Die Oberin Stawitsky wird demnächst vor dem Pariser Gericht auf Anerkennung einer Lebensversicherung in Höhe von einhalb Millionen Franken plädieren, die auf den Namen ihres Mannes abgeschlossen war. Obwohl eine Selbstmordklausel in dem Versicherungsvertrag nicht enthalten ist, will Frau Stawitsky geltend machen, daß ihr Mann nicht Selbstmord aus falscher Ueberzeugung begangen habe, sondern durch die ganzen Verhältnisse in einen Zustand von Verzweiflung geraten sei, so daß man nicht von einem bewußten, freiwilligen Selbstmord sprechen könne. In der Geschichte der französischen Rechtsprechung sind in der Tat Fälle vorgekommen, in denen Versicherungsverträge mit dergleichen Begründung gewonnen werden konnten.

Paris, 30. Jan. Wie die „Chicago Tribune“ aus Wien meldet, steht der Abschluß eines weitgehenden Wirtschaft-

Ringgen um Regierungsautorität

Frankreichs schwere Krise

Niemals seit dem Kriegsende war die außenpolitische Lage Frankreichs so schwer und gefahrenreich wie in den letzten Monaten. Die einen immer stärkeren Neigungswillen Hitlerdeutschlands, die Krise im Völkerbund und auf der Abrüstungskonferenz, die Zuspitzung in Oesterreich und die schwankende unzuverlässige Politik Englands offenbarten. In solcher Zeit, die eine straffe Außenpolitik Frankreichs nötiger machen denn je, taumelt das Land von einer Regierungskrise in die andere und wird das Vertrauen in die Autorität der parlamentarischen Demokratie durch den größten Korruptionsskandal seit Panama erschüttert. Grundtätliche Gegner der Volkrechte wählen die Massen auf, um die Regierungskrisen zu einer Staatskrise zu erweitern. Trotz der wiederholten Strafenruben in Paris liegen keine ernsthafte Anzeichen dafür vor, daß Frankreichs demokratisches Verfassungsleben und demokratische Traditionen wirklich in Gefahr seien. Immerhin ist der Prestigeverlust der Parteien und ihrer Führer schwer. Sogar der sehr populäre Edouard Herriot ist im Laufe dieser Krise etwas in den Schatten getreten, weil seiner Partei vorgeworfen wird, daß in ihre Wahlliste auch Summen aus den Händen von Stavisky geflossen seien. Daladier, der den Vorschlag zur Regierungsbildung angenommen hat, gibt sich Mühe, ein Kabinett von möglichst neuen unbelasteten Männern zusammenzubringen. Der Präsident der Republik, Lebrun, selbst hat ein deutliches Zeichen gegeben, daß die Wege der bisherigen Routine verlassen werden sollen, als er zunächst den früheren Präsidenten der Republik Doumergue bat, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Doumergue hat wegen seines hohen Alters abgelehnt. Die Aufgabe war wohl auch nur als eine Demonstration vor dem Lande gegen die Parteiführer gedacht.

Die Presse der diktatorisch regierten Länder, am meisten die des „Britischen Reiches“ verweist gegenüber den politischen Wirren auf die Festigkeit und Geschlossenheit der eigenen Regierungen und Völker. Das ist gewiß nur Heuchelei, denn gerade in Deutschland ist die innere Zerissenheit trotz aller Einigkeitssymphonien nicht einmal mehr in der zensurierten Presse ganz zu verbergen. Zweifellos aber müssen die wenigen noch demokratisch regierten großen Länder bei der Komplexität der europäischen Probleme für Regierungen mit stabiler Autorität sorgen, wenn ihnen nicht die erzwungene Disziplin der diktatorisch regierten Völker und deren außenpolitisch geschlossene und harte Regierungsführung sehr zu schaffen machen soll. Europa hat in den kommenden Monaten nichts notwendiger als eine sicher fundierte Regierung in Frankreich und ein französisches Volk, das nicht

erst Schlammkaten der Korruption beseitigen muß, ehe es entscheidende außenpolitische Entschlüsse faßt.

„Republikanische Verteidigung“

Von den Neosozialisten bis zu den Linksrepublikanern

DNB. Paris, 30. Jan. Edouard Daladier hat um 1 Uhr früh seine Beratungen über die Bildung seiner Regierung unterbrochen. Er erklärte der Presse: Ich habe bereits die Zusagen verschiedener Persönlichkeiten erhalten, aber einige Politiker, die ich zum Eintritt in das Kabinett eruchen möchte, waren heute Abend nicht zu erreichen. Deshalb will ich nicht die Nacht hindurch die Besprechungen fortsetzen, sondern sie um 9 Uhr früh wieder aufnehmen.

Daladier soll, wie verlautet, bis auf drei bereits alle Portefeuilles seines Kabinetts, das, wie man allgemein annimmt, von den Neosozialisten bis zu den Linksrepublikanern unter Einbeziehung eines Mitgliedes der katholischen Demokraten reichen wird, verteilt haben. Er hofft, noch gegen Mittag dem Präsidenten der Republik seine Mitarbeiter vorstellen zu können. Schwierigkeiten scheint die Besetzung des Innenministeriums zu bereiten, auf das der Neosozialist Marquet Anspruch erhebt, während Daladier es seinem bisherigen Mitarbeiter Frost übertragen möchte. Ueberdies bleibt die Frage der Beteiligung der Neosozialisten noch offen, da erst am heutigen Vormittag die Fraktion hierüber entscheiden wird.

Die Veranung Daladiers mit der Regierungsbildung wird von der Presse im allgemeinen sehr günstig aufgenommen und auch die Ankündigung, daß er das Außenministerium mitübernehmen wolle, findet allgemein Anklang. In der Beurteilung der Verteilung der Portefeuilles läßt man, da noch keine sicheren Anhaltspunkte vorliegen, die größte Zurückhaltung, obwohl von einigen Blättern wieder parteipolitische Gesichtspunkte in die Debatte geworfen werden. So sagte „Echo de Paris“ der Regierung keine lange Lebensdauer voraus. Die Heranziehung der Neosozialisten werde die Antisozialisten in Wallung bringen, und ihre Feindschaft gegen die Regierung nur noch steigern. Das Blatt behauptet ferner, daß innerhalb der radikalsozialistischen Partei die Gruppe Derriot-Chauteemps bereits offen die Torpedierung vorbereite, und die nationale Minderheit könnte erst recht nicht nach der Weise eines Karavet tanzen. — Dagegen bezeichnet der „Matin“ die Kombination Daladiers als ein Kabinett der „republikanischen Verteidigung“ nach dem Muster Waldeck-Roussaus. Er wendet sich an Persönlichkeiten und nicht an Gruppen. Nachdem die Sozialisten die Beteiligung abgelehnt hätten, sei das Feld klar abgesteckt gewesen. Im Grunde genommen handele es sich um ein Kabinett mit verbreiteter radikal-Grundlage, wie Chauteemps es vor zwei Monaten vergeblich zu bilden versucht habe.

Englands neuer Rüstungsschritt

Eine Denkschrift an alle Beteiligten

(DNB.) London, 30. Januar. Die Veröffentlichung des Weißbuches der englischen Regierung über die Abrüstungsfrage wird für den 1. Februar erwartet. Ueber den Inhalt des Weißbuches verlautet, daß zahlreiche Änderungen gegenüber dem britischen Abrüstungsentwurf vorgeschlagen werden, jedoch wird die neue Erklärung der englischen Regierung nicht über Änderungen von Einzelheiten hinausgehen, die bestimmt sind, die Zustimmung der beteiligten Mächte zu erleichtern. Es dürfte sich um ein Kompromiß zwischen den deutschen Forderungen und den französischen Sicherheitswünschen handeln, das sich auf die drei Grundübungen Abrüstung, Gleichberechtigung, Sicherheit stützt. Der wichtigste Punkt der Probezeit soll gleichzeitig durch eine Abänderung des Wortes „Probezeit“ und durch ein Zugeständnis an Deutschland in bezug auf die Musterwaffen geregelt werden.

Aus der Probezeit soll eine Uebergangszeit werden, während der die Verminderung der Angriffswaffen erfolgt und Deutschland eine Anzahl Musterwaffen, die noch festzuweisen ist, erhält. Auf dem Gebiete der Heeresstärke soll England ein Mittel zwischen den von Deutschland geforderten 300 000 Mann und den 200 000 Mann des MacDonald-Planes vorschlagen. Schließlich soll noch in bezug auf die Sicherheit die Kontrolle beibehalten werden; doch ihre Durchführung soll so verallgemeinert werden, daß Deutschland keinen Grund hat, sich benachteiligt zu fühlen.

Für den Fall deutscher Verfehlungen soll die englische Denkschrift eine Befragung der Unterzeichner des Abrüstungsabkommens und nötigenfalls die Entbindung von den im Abkommen enthaltenen Verpflichtungen vorsehen.

Die englische Denkschrift ist nicht allein in Berlin, Paris und Rom überreicht worden, sondern auch den Vereinigten Staaten, Belgien und Rom zugegangen.

Für den Völkerbund

London, 30. Jan. Der englische Außenminister Sir John Simon gab am Montagnachmittag im Unterhaus in Beantwortung von drei Fragen über die Völkerbundsreform folgende Erklärung ab:

Die englische Regierung sei der Ansicht, daß irgendwelche mit der Völkerbundsreform in Verbindung stehende Fragen hinter der unmittelbaren und wichtigeren Frage der Abrüstung an zweiter Stelle stehen und auf diese folgen müßten. Als Ergebnis der Unterredung, die er in dieser Angelegenheit vor einigen Wochen mit dem Chef der italienischen Regierung gehabt habe, treue er sich, dem Unterhaus mitteilen zu können, daß diese Ansicht von der italienischen Regierung bestätigt und auch von der französischen Regierung gebilligt worden sei. Mussolini habe deutlich zu verstehen gegeben, daß das Ziel die Stärkung des Völkerbundes sei. Die englische Regierung habe nicht die Absicht, gegenwärtig irgendwelche Schritte in der Angelegenheit zu unternehmen.

die Kosten unbedingt Unterkunft zu verschaffen. Im östlichen Teil der Vereinigten Staaten sind alle regelmäßigen Flugdienste eingestellt worden. Der Eisenbahnverkehr erleidet harte Verspätungen. Bisher sind 30 Todesfälle infolge der ungewöhnlichen Kälte zu verzeichnen.

Im Polareis

Die Lage des „Tscheljuskin“

(ZSU.) Durch die Presse ging eine Mitteilung über die angeblich verzweifelte Lage des Polarschiffes „Tscheljuskin“, das auf einer Polareise von Murmanik nach Wladivostok die der Eisbrecher „Sibirskow“ im Vorjahre erfolgreich zurückgelegt hat, im Polareis eingestoren ist. Dem die Expedition begleitenden Journalisten Begarow machte Professor Schmidt folgende durch Radio übermittelte Erklärung:

„Zur Bemannung des „Tscheljuskin“ gehören 108 Menschen. Da wir mit Lebensmitteln gut versorgt sind, bezieht keine Sterbungsgefahr. Es sind jedoch einige unter uns, deren Gesundheitszustand die Ueberwinterung im Polareis unerwünscht erscheinen läßt. Wir haben aus diesem Grund einen Startplatz für unser Flugzeug vorbereitet, das einen Teil der Bemannung am Ende der Polarnacht in die Providenzhal bringen wird, wo zwei Häuser als Winterbasis errichtet wurden. Die in der Presse ausgeprochenen Befürchtungen wegen Möglichkeit des Untergangs der Expedition sind also unbegründet.“

Sturm und Kälte

Schwere Feuersbrunst in Newyork

London, 30. Januar. Bei zwei großen Feuerbränden in Newyork wurden am Montag 25 Feuerwehrlente verletzt, zwei von ihnen schwer. Er herrschte ein Sturmwind von über 100 Stundenkilometern. Die Kälte war so stark, daß zehn Feuerwehrlente wegen Erfrierungen in ärztliche Behandlung genommen werden mußten. Zehn andere waren von der Kälte so erkrankt, daß sie außerkrande waren, sich durch Wind zu retten, als eine 30 Meter hohe Mauer einstürzte. Den Bränden fielen zwei Hotels, zwei Tanzhallen und ein Sporthaus für Boxkämpfe zum Opfer. 30 Personen sind obdachlos geworden. Der Schaden beträgt 400 000 Dollar.

Die Kälte ist so stark, daß der Bürgermeister von Newyork Stellung gegeben hat, jedem Obdachlosen ohne Rücksicht auf

Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus

Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ein Jahr lang lastet die nationalsozialistische Diktatur über Deutschland, über der Welt Grundstürzend hat der Sieg der deutschen Gegenrevolution das Wesen und die Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung geändert. Der Knechtschaft und Geselligkeit preisgegeben ist das Volk im totalen faschistischen Staat. Im revolutionären Kampf die Knechtschaft durch das Recht der Freiheit, die Geselligkeit durch die Ordnung des Sozialismus zu überwinden, ist die Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung.

I. Die Bedingungen des revolutionären Kampfes

Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es kein Kompromiß, ist für Reformismus und Legalität keine Stätte. Die sozialdemokratische Taktik ist allein bestimmt durch das Ziel der Eroberung der Staatsmacht, ihrer Festigung und Behauptung zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. Die Taktik bedient sich zum Sturz der Diktatur *aller diesem Zwecke dienenden Mittel.*

Der revolutionäre Kampf erfordert die revolutionäre Organisation. Die alte Form, der alte Apparat ist nicht mehr, und Versuche zu seiner Wiederbelebung entsprechen nicht den neuen Kampfbedingungen. *Neue Organisationsformen mit opferbereiten Kämpfern müssen entstehen.* In der Wahl dieser Formen sind wir nicht frei. Noch legt der Gegner durch die Uebermacht seiner Mittel, durch die Brutalität ihrer Anwendung, noch legt uns der Zustand der deutschen Gesellschaft selbst, die unter dem furchtbarsten Druck der ökonomischen, physischen und geistigen Terrors steht, das Gesetz des Handelns auf. Kleine Gruppen bilden sich, sie müssen in teuer erkauften Erfahrungen die Technik ihrer Arbeit erwerben — *eine Elite von Revolutionären.*

Wenn die Gegensätze im Innern des Faschismus, wenn die stets sich verschärfenden Klassengegensätze im Kapitalismus sich entfalten, wenn Unzufriedenheit und Enttäuschung die Massengrundlage der nationalsozialistischen Herrschaft erschüttern, wenn oppositionelle Strömungen entstehen, und spontane Massenbewegungen beginnen, dann wird es zur Aufgabe der revolutionären Elite, die Gegensätze im Bewußtsein der Masse zu vertiefen, ihre Entwicklung zu lenken, ihre Zielsetzung zu beeinflussen, die Verbindungen auszudehnen und die revolutionäre Organisation zur Massenorganisation zu erweitern.

In den Dienst der Förderung der revolutionären Organisation hat sich von Anfang an die Leitung der deutschen Sozialdemokratie im Ausland gestellt und für die Erfüllung dieser Aufgabe ihre Kräfte und Mittel eingesetzt. Der Druck des Terrors führt in Deutschland selbst zu weitgehender Dezentralisation der illegalen Arbeit. Die in Deutschland selbst unausweichliche Teilung der Arbeit kann nur in der Tätigkeit der Leitung ihre Zusammenfassung finden. Unterstützung und Förderung erhält jede Gruppe, deren revolutionärer Geist dafür bürgt, daß ihre Tätigkeit dem Sturz der nationalsozialistischen Diktatur im Rahmen der Einigkeit der Arbeiterklasse dient. Die Führung ist sich dabei bewußt, daß sie der ständigen Mitwirkung und Beratung der Leiter der illegalen Gruppen bedarf.

II.

Die Ziele der Massenbewegung

Die Organisation ist das Werkzeug für den revolutionären Kampf. Welches sind seine Bedingungen, was ist sein Ziel?

Bedingungen und Ziele des Kampfes lassen sich nicht willkürlich bestimmen, sie erwachsen aus den sich zuspitzenden Gegensätzen der kapitalistischen Gesellschaft und aus den Tatsachen der nationalsozialistischen Gegenrevolution.

Wir fragen, wofür muß die Arbeiterklasse unter dem faschistischen System kämpfen, welche Kämpfe sind ihr aufzuzwingen?

Der Nationalsozialismus leugnet in seiner Theorie die Klassenkämpfe, seine Praxis verschärft sie auf das Grausamste. Seine Herrschaft bedeutet eine unerhörte Steigerung der sozialen Gegensätze, ein neues Erhitzen des Kessels bei gewaltsamer Schließung aller Ventile. Die Unterdrückung aller Organisationen der Arbeiter und Angestellten, ihre völlige Entmachtung, überliefert sie der Willkür des Großkapitals, in dessen Interessen die Diktatur die Staatsmacht gestellt hat. Diese einseitige Verschiebung der Machtverhältnisse bedroht die Arbeiterschaft mit fortschreitender Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Die Gefahr wird gesteigert durch eine Wirtschaftspolitik, die die Kosten aller Bedürfnisse der breiten Massen erhöht, die Beschäftigung in den Exportindustrien immer mehr drosselt; sie wird vermehrt durch eine Finanzpolitik, die die Massen belastet und immer größere Teile des ihnen abgepreßten Tributs einzelnen vom Regime begünstigten Schichten zuschanzt. Das zwingt die Massen zum Kampf für die Sicherung und Hebung ihrer materiellen Existenz. Aber jede Lohnbewegung ist verboten, jeder Streik wird zur politischen Rebellion!

Aus dieser Situation wird mit Notwendigkeit die Forderung nach Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit und der Schaffung sozialer Kampforganisationen als Vertreter der Arbeiterinteressen erwachsen. Ihre Koalitionsfreiheit ist nicht möglich ohne ihre Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit. *Aus den unabweisbaren Bedürfnissen der Arbeiterschaft ergibt sich so, die Forderung nach politischen Rechten, entspringt der Kampf um ihre demokratische Bewegungsfreiheit.*

Das Heer der Arbeitslosen wächst mit der Dauer der Arbeitslosigkeit, die Rebellion gegen eine Gesellschaft, die ihnen das Recht auf Arbeit versagt, verstärkt ihre Forderung nach Wiedereingliederung in den Produktionsprozeß, nach einer Ordnung der Wirtschaft, die Arbeitende und Arbeitslose nicht mehr auseinanderreißt, sondern die Arbeitsmöglichkeit gleichmäßig auf alle Arbeitsfähigen verteilt. Diese Bewegung der von der Diktatur betrogenen Arbeits-

losen richtet sich unmittelbar gegen die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Kämpfe um die Sicherung der Lebenshaltung der Arbeitenden und um die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß mit allen Kräften zu fördern, die Front der kämpfenden Arbeiter zu verbreitern, den notwendigen inneren Zusammenhang dieser Kämpfe mit dem Ziel des Sturzes der Diktatur den Kämpfenden zum Bewußtsein zu bringen, ist eine der ersten Aufgaben der revolutionären Arbeit.

Die Wiedereroberung demokratischer Rechte wird zur Notwendigkeit, um die Arbeiterbewegung als Massenbewegung wieder möglich zu machen und den sozialistischen Befreiungskampf wieder als bewußte Bewegung der Massen selbst zu führen. Jedes demokratische Recht wird aber zur Bedrohung des Fortbestandes der Diktatur. *Der Kampf um die Demokratie erweitert sich so zum Kampf um die völlige Niederringung der nationalsozialistischen Staatsmacht.*

Dieser Kampf ist nur revolutionäres Durchgangsstadium zur Eroberung der ganzen Staatsmacht. Der Sturz der Despotie wird sich, wenn nicht äußere Katastrophen ihn herbeiführen, nur in der gewaltsamen Niederringung, nur durch den Sieg im revolutionären Kampfe vollziehen. Er wird sich ergeben, wenn die Bedingungen einer objektiv revolutionären Situation ausgenützt werden von einer entschlossenen, von radikalem Kampfgeist durchseelten, von einer erfahrenen Elite geführten Partei des revolutionären Sozialismus. Er kann nur erwachsen aus der Tat der Massen selbst.

III.

Die Ausübung der Macht

Diese Art der Eroberung der Macht bestimmt die Art ihrer Ausübung.

Im schweren, opferreichen, leidenschaftlichen Ringen um den Sturz der Diktatur erfüllt sich die Arbeiterbewegung mit radikalem, kompromißlosem Geist. Der politische Umschwung von 1918 vollzog sich am Abschluß einer konterrevolutionären Entwicklung, die durch den Krieg und die nationalistische Aufpeitschung der Volksmassen bedingt war. Nicht durch den organisierten, vorbereiteten, gewollten revolutionären Kampf der Arbeiterklasse, sondern durch die Niederlage auf den Schlachtfeldern wurde das kaiserliche Regime beseitigt. Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging.

Die neue Situation schließt jede Wiederholung aus. Die Niederwerfung des nationalsozialistischen Feindes durch die revolutionären Massen schafft eine starke revolutionäre Regierung, getragen von der revolutionären Massenpartei der Arbeiterschaft, die sie kontrolliert. Die erste und oberste Aufgabe dieser Regierung ist es, die Staatsmacht für die siegreiche Revolution zu sichern, die Wurzeln jeder Widerstandsmöglichkeit auszurotten, den Staatsapparat in ein Herrschaftsinstrument der Volksmassen zu verwandeln.

Der revolutionären Regierung obliegt deshalb die sofortige Durchführung einschneidender politischer und sozialer Maßnahmen zur dauernden völligen Entmachtung des besiegten Gegners. Das erfordert:

Einsetzung eines *Revolutionstribunals*, Aburteilung der Staatsverbrecher, ihrer Mitschuldigen und Helfer in der Politik, der Bürokratie und Justiz wegen Verfassungsbruches, Mordes und Freiheitsberaubung unter Aberkennung der staatsbürgerlichen Rechte.

Aufhebung der *Unabsetzbarkeit der Richter*.

Besetzung aller entscheidenden Stellen der Justiz durch *Vertrauensmänner der revolutionären Regierung*.

Grundlegende Umgestaltung der Justiz durch Verstärkung des Laienelementes.

Reinigung der Bürokratie, sofortige Umbesetzung aller leitenden Stellen.

Organisierung einer zuverlässigen Militär- und Polizeimacht.

Völlige Erneuerung des Offizierkorps.

Aufhebung aller der Freiheit der Arbeiterschaft beschränkenden Gesetze und Verordnungen der nationalsozialistischen Despotie.

Volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung ohne Unterschied der Rasse und Religion.

Trennung der Kirche vom Staat.

Unterbindung jeder konterrevolutionären Agitation.

Sofortiger Erlaß der notwendigen sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Gesetze durch die revolutionäre Regierung.

Die Zerschlagung des alten politischen Apparates muß gesichert werden gegen seine bisherigen gesellschaftlichen Träger. Das erfordert:

Sofortige entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, Ueberführung des Forsten in Reichseigentum und Reichsverwaltung, Verwendung des Ackerlandes zur Schaffung lebensfähiger Bauern-Siedlungen und genossenschaftlicher Betriebe von Landarbeitern mit ausreichender Förderung durch Staatsmittel.

Sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie.

Uebernahme der Reichsbank in den Besitz und die Verwaltung des Reiches.

Vergesellschaftung und Uebernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leistungen.

Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht und nach restloser Zerstörung der kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen der Gegenrevolution beginnt der Aufbau des freien Staatswesens mit der Einberufung einer Volksvertretung, gewählt nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht in Einzelwahlkreisen. Die erste Wahlkreiseinteilung erläßt die revolutionäre Regierung.

Die Volksvertretung wählt mit absolutem Mehr (falls notwendig unter Vornahme einer Stichwahl) den Chef der Reichsregierung, der die Reichsminister ernennt. Bis zum Zustandekommen der Wahl bleibt die Revolutionsregierung im Amt.

Das despotische System der zentralisierten Staatsallmacht wird durch die Herstellung einer echten freiheitlichen Selbstverwaltung innerhalb des gegliederten Einheitsstaates gebrochen. In den politischen Gemeinden werden für das Schul-, Wohlfahrts-, Gerichts- und Steuerwesen Selbstverwaltungskörper gebildet, denen die Beamten verantwortlich sind.

IV.

Die Revolution der Wirtschaft

Aufgabe der Arbeiterschaft im neuen Staat ist die Anwendung der errungenen Staatsmacht zur Durchführung der sozialistischen Organisation der Wirtschaft. Die Vergesellschaftung der Schwerindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes ist kein Endpunkt, sondern nur der Ausgangspunkt für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft.

Die sozialistische Wirtschaftsorganisation beseitigt die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Sie überwindet damit die Wirtschaftskrisen und die Arbeitslosigkeit. An die Stelle der planlosen kapitalistischen Wirtschaft tritt die sozialistische Planwirtschaft. An die Stelle des kapitalistischen Profitstrebens tritt das Streben nach Deckung eines stets sich steigernden Bedarfes. An die Stelle der regellosen Rationalisierung zur Erhöhung des Profits durch Ersparung von Arbeitskräften, an die Stelle der regellosen Aufblähung des Produktionsapparates auf Kosten des Konsums tritt die planmäßige Steigerung der Produktionskräfte, die gleichmäßige Erweiterung von Erzeugung und Verbrauch. An die Stelle des zerstörenden Kampfes der einzelnen Produktionszweige gegeneinander tritt ihre auf einander abgestimmte Entwicklung.

Die Leitung der Umorganisation obliegt der obersten sozialistischen Planstelle. Diese dient der Lenkung der gesamten Wirtschaft. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:

Aufstellung eines *Wirtschaftsplanes* für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft.

Schaffung einer Verwaltungsorganisation für die Verstaatlichung der Wirtschaftszweige unter Mitwirkung der Produzenten, Konsumenten und des Staates. Vorbereitung weiterer Sozialisierung kapitalistisch beherrschter Wirtschaftszweige, Regulierung der Steigerung der Erzeugung und der Anwendung des technischen Fortschrittes durch Lenkung der Kapitalanlagen und der Betriebskredite.

Reglung der Beziehungen zwischen dem *vergesellschafteten Teil der Wirtschaft* und der *Marktwirtschaft*.

Für die *Vergesellschaftung* und einheitliche Leitung kommen zunächst folgende *Wirtschaftszweige* in Betracht:

Das *Kreditwesen* unter Aufrechterhaltung und Förderung der Selbstverwaltung der bäuerlichen und gewerblichen Genossenschaften.

Das *Versicherungswesen*.

Die *Schwerindustrie*.

Die *chemische Großindustrie*.

Der *Güter- und Personenmassenverkehr*.

Die *Kraftversorgung* (Gas und Elektrizität).

V.

Die Revolution der Gesellschaft

Die sozialistische Gesellschaft beseitigt das *Ausbeutungseigentum des Kapitals*, sie schützt das *Arbeitseigentum des Bauern und des Handwerkers*. Sie bedeutet ständige Steigerung der Lebenshaltung, deshalb erleichterte Absatzmöglichkeit für die Produkte der bäuerlichen und handwerklichen Produktion. Sie befreit das Arbeitseigentum in Land und Stadt vor dem Druck des agrarischen und industriellen Großbesitzes und von der Uebermacht des Bankkapitals. Sie sorgt durch ihre Beherrschung des Kreditwesens für die ausreichende und billige Versorgung des Mittelstandes mit den nötigen Betriebskrediten. Sie lehnt die Alters-, Invaliden- und Krankenversorgung auf die ländlichen und städtischen Mittelschichten aus und erhöht so deren Existenzsicherheit. Die Agrarpolitik befreit von dem übermächtigen Einfluß des Großgrundbesitzes, tritt für die Förderung und ausreichende Verwertung der Veredlungsprodukte der bäuerlichen Wirtschaft ein, sorgt durch staatliche Meliorationen für die Verbesserung ihres Grund und Bodens und durch Schaffung eines ausreichenden Bildungswesens für die ständige Hebung der Leistungsfähigkeit.

Die Neuordnung und Kontrolle der Produktion hebt die Bedeutung der Arbeit der technischen und leitenden Angestellten. Der Betrieb bedarf auch in der sozialistischen Wirtschaft einer gegliederten qualifizierten Leitung. Die Lösung dieser leitenden Organe aus der kapitalistischen Herrschaft, ihre Verwandlung in funktionäre der Gemeinschaft gibt ihrer Arbeit neuen Inhalt und neue Würde.

Das *Bildungsprivileg* wird zerbrochen. In der Einheitschule wird das heranwachsende Geschlecht nicht nur für den künftigen Beruf, sondern auch für die Erfüllung seiner Aufgaben in dem freien sozialistischen Gemeinwesen herangebildet. Der Aufstieg zu den höheren Lehranstalten erfolgt ausschließlich auf Grund der Eignung und Begabung ohne Rücksicht auf das Herkommen. Unterricht und Lehrmittel sind auf allen Stufen unentgeltlich.

Die sozialistische Gesellschaft stellt die Freiheit des Geistes und der Wissenschaft wieder her, sichert Kulturarbeit und Kunst vor den Eingriffen bürokratischer und kirchlicher Gewalten, gibt der Persönlichkeit ihr unveräußerliches Recht und ihre Menschenwürde wieder zurück.

Die sozialistische Neuordnung der Wirtschaft ist mehr als eine materielle Angelegenheit. Sie ist selbst Mittel zum Endziel der Verwirklichung wahrer Freiheit und Gleichheit, der Menschenwürde und voller Entfaltung der Persönlichkeit. Die Arbeit, bisher Quelle der persönlichen Bereicherung der einen und Ringen um die Existenz eines ärmlichen Lebens für die anderen, wird zum sozialen Dienst an der Mehrzahl des gesellschaftlichen Wohlstandes. Die Massen werden nicht mehr arbeiten, um den Monopolbesitzern der Produktionsmittel einen dürftigen Lebensraum und ein allzeit von Krisen bedrohtes Dasein abzurufen, sondern sie werden arbeiten für die Gestaltung der sozialistischen Zukunft unter glücklicheren Bedingungen zu höheren Zielen. Die planmäßige Lenkung des technischen Fortschrittes wird die Produktivität der menschlichen Arbeit gewaltig steigern. Die Ausschaltung der Krisen wird den gesellschaftlichen Wohlstand ständig vermehren. Die dadurch ermöglichte Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem aber die Befreiung des Menschengeschlechtes von den täglichen materiellen Sorgen der Lebensfristung und der Arbeitssuche ermöglicht allen Gliedern des sozialistischen Gemeinwesens die Anteilnahme an den Schätzen der Kultur, an den Erkenntnissen der Wissenschaft und an den Genüssen der Kunst. Ein neuer Gemeinsinn, eine neue Lebensauffassung, ein neuer Wettstreit um die Entfaltung aller Fähigkeiten erwächst: Die sozialistische Gesinnung, in der die neue Gesellschaft unzerstörbar verankert sein wird.

Je mehr sich der gesellschaftliche Umbau seiner Vollendung nähert, je mehr der Obrigkeitsstaat durch die Selbstverwaltung ersetzt wird, umso mehr wird der jahrhundert alte Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft überwunden. An die Stelle des Machtstaates, der durch Militär, Bürokratie und Justiz seine Untertanen beherrscht, tritt die Selbstverwaltung der Gesellschaft, in der jeder zur Mitwirkung an den allgemeinen Aufgaben berufen ist. An die Stelle des Führerprinzips und der Parteihierarchie, die Willkür und Verantwortungslosigkeit bedeuten, tritt die Verantwortung freier Menschen für die Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgaben. Die Despotie wird abgelöst durch die freie Selbstbestimmung des Volkes, die Unterdrückung weicht der Gleichheit der gesellschaftlichen Rechte und Pflichten für alle Volksgenossen. Die Menschheit ist aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit getreten.

VI.

Abrüstung und Kriegsgefahr

Die nationalsozialistische Diktatur hat Deutschland in Barbarei und Bestialität gestoßen, das deutsche Volk mit tiefster Schmach bedeckt. Aber die Hitlerherrschaft ist nicht nur Schande und Gefahr für Deutschland, sie bedeutet die Gewaltdrohung gegen die Freiheit und Zivilisation aller anderen Völker. Die Diktatur hat in Rassenwahn und Großmachtsucht den alldeutschen Nationalismus zur Siedehitze gesteigert. Sie vergiftet die Jugend mit militaristischem Angriffsgeist, sie setzt alle geistigen und materiellen Mittel ein für eine sieberhafte Aufrüstung. Sie propagiert offen ihre Kriegsziele: eine neue Großraumpolitik soll Neuland für die Siedlung im Osten schaffen, soll alle „deutschstämmigen“ Gebiete dem faschistischen Reich einverleiben. Aber Schlimmeres noch als territoriale Einbuße droht den Völkern von der siegreichen Diktatur: am faschistischen deutschen Wesen soll die Welt genesen. Bedeutet ein neuer Krieg mit den unendlich vervollkommenen Zerstörungsmitteln eine Untergangsdrohung für die Zivilisation, so bedeutet ein Sieg der faschistischen Diktaturen eine Verewigung der Sklaverei und Bestialität im Innern und ihre Ausbreitung über die übrige Welt.

Die deutsche Demokratie hat die Forderung der Gleichberechtigung erhoben im Bunde mit den großen Demokratien des Westens als ein Mittel zur Organisation und Sicherung des Friedens. Die Diktatur hat diese Forderung verfälscht, um sie für ihre kriegerischen Absichten zu mißbrauchen. Sie erhebt sie, um militärisch gestärkt, neue militärische Störungen zu erretzen. Sie erhebt sie, um als starker Bundesgenosse neue Koalitionen zur Erreichung ihrer machtpolitischen Ziele bilden zu können. Die auswärtige Politik der deutschen Diktatur bedeutet ständige Bedrohung des Friedens und damit den Zwang zum Wettrüsten. Die Diktatur, die durch schamlosen Verfassungsbruch, durch Inszenierung des Reichstagsbrandes zur Macht gelangt ist, die durch frevelhaften Terror und schamlose Vergewaltigung von Recht und Gesetz die Macht behauptet, bietet erst recht keine Gewähr für die Innehaltung internationaler Verträge. Sie wird sie brechen, sobald sie den Bruch für nützlich hält.

Es ist nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, auf den Sturz der Despotie durch den Krieg zu hoffen. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, den Krieg zu verhindern. Deshalb verwirft sie alle militärischen Konzessionen an Hitlerdeutschland. Sie warnt die Arbeitermassen aller Länder, die Gefahr des deutschen Nationalsozialismus zu unterschätzen. Gleichberechtigung der Demokratien, aber keinerlei Aufrüstung für eine kriegslüsterne Diktatur! Diesem System keinen Mann und keinen Groschen, das ist die Parole der deutschen Sozialdemokratie, das muß die Lösung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sein. Nicht militärische Zugeständnisse erfordert die Sicherung des Friedens und der Schutz der Freiheit der Nationen, sondern Wiederaufrüstung, Entwaffnung und Auflösung der SA- und SS-Formationen.

Sollte der Krieg, den Fröstigkeit und wachsame Entschlossenheit der Demokratien unter dem Einfluß ihrer Arbeiterparteien heute noch verhindern können, trotzdem ausbrechen, so werden die deutschen Sozialdemokraten der Despotie in unveränderter, unverwundlicher Feindschaft gegenüberstehen. Die Einheit und Freiheit der deutschen Nation kann nur gerettet werden durch die Ueberwindung des deutschen Faschismus.

Die Sozialdemokratie wird sich mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch von außen wenden, einen kriegerischen Zusammenbruch der Despotie in Deutschland zu einer Zerstückelung Deutschlands auszunutzen. Sie wird keinen Feinden anerkennen, der zur Hemmung seiner freiheitlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit bedeutet.

VII.

Die Einheit des revolutionären Sozialismus

Mit dem Sieg des totalen Staates ist die Einheit seiner Ueberwindung mit grausamer Einheitsglocke. Die Antwort lautet: Totale Revolution, moralische, geistige, politische und soziale Revolution.

In diesem Kampfe wird die Sozialdemokratische Partei eine Front aller antifaschistischen Schichten anstreben. Sie wird die Bauern, die Kleingewerbetreibenden, die Kaufleute, die durch die Versprechungen der Nationalsozialisten betrogen sind, sie wird die Intellektuellen, die unter dem gegenwärtigen Regime ein bisher unvorstellbares Maß der Unterdrückung und Entwürdigung erleiden, zum gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse aufrufen.

Wir haben den Weg, wir haben das Ziel des Kampfes gezeigt. Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.

Die Führung der deutschen Sozialdemokratie weiß sich deshalb frei von jeder sektenhaften Abschließung und ist sich ihrer Mission bewußt, die Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinen. Wie sie die illegale Arbeit aller Gruppen, die den Kampf gegen die Diktatur und nicht gegen andere Parteien der Arbeiterklasse führen, zu unterstützen bereit ist, so öffnet sie ihre Zeitungen, Zeitschriften und Publikationen allen Diskussionen über die Probleme des revolutionären Sozialismus.

Deutsche Arbeiter, ihr habt nur die Ketten eurer Knechtschaft zu verlieren, aber die Welt der Freiheit und des Sozialismus zu gewinnen!

Deutsche Arbeiter, einigt euch im revolutionären Kampf zur Vernichtung der nationalsozialistischen Diktatur!

Durch Freiheit zum Sozialismus, durch Sozialismus zur Freiheit!

Es lebe die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie, es lebe die Internationale!

Prag, 28. Januar.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gedämpfte Begeisterung

Nur einer ist ganz hingerissen!

Zum 30. Januar hat Reichspräsident von Hindenburg den folgenden nicht eben überschwänglichen Anerkennungsbefehl an den Reichskanzler gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die Wiederkehr des Tages, an dem ich Sie im Vorjahre zur Führung der Reichsregierung berufen und zum Reichskanzler ernannt habe, ist mir Anlaß, Ihrer in der letzten Dankbarkeit zu gedenken und Ihnen meine aufrichtige Anerkennung für Ihre hingebende Arbeit und Ihre große Leistung auszusprechen. Vieles ist in dem seither abgelaufenen Jahre zur Beseitigung der Wirtschaftsnote und zur Wiederaufrüstung unseres Vaterlandes geschehen und große Fortschritte sind gemacht worden. Aber es bleibt auch noch vieles zu tun übrig, bis Not und Schwäche endgültig überwunden sind. Ich vertraue auf Sie und Ihre Mitarbeiter, daß Sie das so tatkräftig begonnene Werk des deutschen Wiederaufbaus auf der Grundlage der nun glücklich erreichten nationalen Einheit des deutschen Volkes im kommenden Jahre erfolgreich fortsetzen und mit Gottes Hilfe vollenden werden!

In dieser Zuversicht bleibe ich mit freundlichen Grüßen Ihrer sehr ergebener

reg. v. Hindenburg.

Auch Hitlers Unterführer lassen in ihren Kundgebungen die Sorge um die Zukunft erkennen.

So Rudolf Hess:

Am 30. Januar 1933 wurde der Grundstein gelegt zum neuen Deutschland. Heute nach einem Jahr sehen wir voll Stolz auf den errichteten Teil des Rohbaues. Er zeigt in jedem deutlich die klaren Linien des nationalsozialistischen Staates. In manchem untersteht er sich noch nicht von anderen Rohbauten.

Ernst Röhm mahnt:

Nimmer zu ruhen und zu rufen. Nicht den Sinn Ihres Strebens und den Geist der Revolution verlässlichen zu lassen in der Stunde des Sieges. Und unerbittlich, unbedenklich darüber zu wachen, daß nicht Bürokraten, Schwäger und Spießer sich mit dem toten Gewicht ihrer Ungewissheit an das heilige Wollen des Führers zum Ganzen, zum nationalsozialistischen und sozialistischen Deutschland hängen.

Nur einer liegt dem „Führer“ ganz fröhlich zu Füßen, Herr Franz von Papen:

Am ersten Jahrestag der nationalsozialistischen Erhebung blicken wir stolz und dankbewegten Herzens auf das Gewaltige zurück, das unter Adolf Hitler für unser Vaterland von Führung und Volk geleistet worden ist. Die Größe des lediglich aus dem deutschen Volke heraus Geschaffenen gibt uns das Gefühl der freudigen Gewissheit, daß auch die vielen und schweren Aufgaben, die Ihrer Führung noch barren, in untrüblichem Verbundenheitsgefühl zwischen Führer und Gefolgschaft in strengster Pflichterfüllung, Opfertreue und Einigkeit gemeinert werden.

Man fühlt, wie notwendig es der Reichskanzler hat, sich demot und gehoriam zu verneigen, wenn er in des Höchsten Gnadenbäume bleiben will.

Die Revolution

Zu Ende oder nicht zu Ende?

„Diese Aufgabe wird jedoch auf das schwerste gefährdet, wenn weiter noch von einer Fortsetzung der Revolution oder einer zweiten Revolution geredet wird. Wer jetzt noch so redet, muß sich darüber klar sein, daß er sich damit gegen den Führer selbst auflehnt und entsprechend behandelt wird. Ich werde mich rücksichtslos gegen eine sogenannte zweite Revolution wenden. Wer sich dagegen auflehnt, der wird hart angepackt werden, ganz gleich, wo er sich befindet!“

Hitler-Rede am 2. Juli 1933.

Was wir mit Opfern an Blut und Leben, Freiheit und Ehre erkämpft haben, das sollen heute nicht nichts-würdige Besserwisser, beschäftigungslose

der Machteroberung und Machtbehauptung in der Ueberzeugung, daß nur aus gemeinsamer geistiger Arbeit die Verwirklichung des einheitlichen revolutionären sozialistischen Bewußtseins der Arbeiterklasse erstehen kann. Aber sie lehnt es ab, die Selbsterfleischung zuzulassen, die um der Frage der Ausnutzung noch nicht errungener Siege willen die Spaltung der Arbeiterklasse, den sichersten Schutz der Diktatur, verewigen will.

Die nationalsozialistischen Machthaber rühmen sich, die revolutionäre sozialistische Arbeiterbewegung vernichtet, den Freiheitsgedanken ausgerottet zu haben. Sie sind die Sieger und üben an den Unterdrückten grausame Rache. Aber je größer ihr Sieg, der Sieg der kapitalistischen Mächte, desto schwerer wird ihre künftige Niederlage sein. Die kapitalistische Entwicklung schafft selbst ihre Totengräber und der Triumph von heute ist der Untergang von morgen.

Gegen die faschistische Barbarei führen wir den Kampf für die großen und unvergänglichen Ideen der Menschheit. Wir sind die Träger der großen geschichtlichen Entwicklung seit der Ueberwindung der mittelalterlichen Gebundenheit, wir sind die Erben der unvergänglichen Ueberlieferungen der Renaissance und des Humanismus, der englischen und der französischen Revolution. Wir wollen nicht leben ohne Freiheit und wir werden sie erobern. Freiheit ohne Klassenherrschaft, Freiheit bis zur völligen Aufhebung aller Ausbeutung und aller Herrschaft von Menschen über Menschen! Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Das Blut der Opfer wird nicht vergebens geflossen sein!

Löhne und Preise

Wie sich die Lebenslage im „dritten Reich“ verschlechterte

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (Nr. 172) berichtet: In Deutschland fällt der Einfluß des Konsumenten in die Feuerungsstoffwirtschaft noch bedeutend weniger kräftig aus als bei uns:

Index des Statistischen Reichsamtes (1913=100)					
	Nahrung	Bekleidung	Preis u. Lohn	Wohn.	Verdienstlohn
Dez. 1932	109	112	127	121	118
Dez. 1933	114	112	126	121	121

In Jahresfrist haben sich nun nahezu überall empfindliche Preissteigerungen durchgesetzt, am stärksten im Rohmaterialbudget, also gerade dort, wo der Haushalt mit beschränktem Einkommen am heftigsten betroffen wird. Seit dem Tiefstand im März beträgt die Verteuerung hier volle 8 Prozent. Der Zusammenhang mit der planmäßigen Festsetzung der Agrarpreise durch Kollerhöhen, Beirnisungsdruck, Steuern usw. (insbesondere in der Getreidewirtschaft) liegt auf der Hand. Auch Industriewaren — in letzter Zeit z. B. neben zahlreichen Baumaterialien dem Konsumenten so wichtige Artikel, wie Strumpfwaren und Porzellan — sehen im Zeichen von Mindestpreisen und direkten Preisoberhöhen. Mitgewirkt hat zweifellos auch die erhöhte Belastung zur Bewohnung der weniger Leistungsfähigen im Konsumvermögen.

Ueber die nominelle Lohnentwicklung im vergangenen Jahre hat ein genaues Bild zu machen, ist nicht möglich, weil die Tarifverträge meist längerer Zeit nicht mehr an gewohnter Stelle publiziert wird. Nur allgemein scheint der Tarifstand des Vorjahres gehalten zu sein; Ausnahmen dürften stellenweise die neu aufzunehmenden Arbeitslosen — und zum Teil in Verbindung damit — das höher entlohnte Personal darstellen, die gewisse Kürzungen der Mithöhe zu Last nehmen mußten. In einzelnen Gebieten hieß es ausdrücklich, daß die aus der Einstellung von Arbeitslosen dem Unternehmen erwachsenden Kosten nach einem bestimmten Schmelz auf die Betriebsinhaber und die bis herige Belegschaft aufzuteilen sind.

4 Milliarden Vorbelastung

Das Reich gibt auf Jahre im Voraus Steuereinnahmen aus

Der Hauptteil der finanziellen Pöden aus den konjunkturellen Maßnahmen des Reiches wird aus der für die nächsten Jahre zu erwartenden Einnahmehinterziehung aus Steuern usw. bei fortwährender Belebung der Wirtschaft zu decken sein. Bis dahin behält man sich mit einer Ueberbürdung unter Subventionierung des Geldmarktes. Die am 1. April 1934 beginnenden fünf Staatjahre sind zusammen mit circa 4 Mrd. vorbelastet, von denen auf die einzelnen Jahre Einzelbeträge zwischen 700 bis 900 Mill. entfallen. Das Institut für Konjunkturforschung ist nun in der Lage, die genauen Beträge dieser Vorbelastung des Haushalts anzugeben; sie sind in nachstehender Tabelle mitgeteilt. Die Verweigerung späterer Einnahmen rührt z. T. her aus der Ausgabe der Steuern auf die im Sommer 1932, zum anderen Teil aus mittelfristigen Verpflichtungen, die bei der Durchführung der verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprogramme einbezogen wurden. Prozentual beträgt diese Vorbelastung zwischen 12 und 15 Prozent der Gesamtausgaben von 1932, die freilich mit zunehmender Belebung der Wirtschaftslage in den späteren Jahren wachsen werden, so daß der Prozentlag sich entsprechend verkleinert. Die Zahlen in der Tabelle enthalten übrigens nicht die Sonderlast aus dem Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1. Juni 1931, die für die Jahre 1931 bis 1935 einen zusätzlichen Betrag von jährlich 210 Mill. ausmachen dürfte. Dazu kommen weiter etwaige Beanspruchungen aus Barausfällen, die das Reich, vor allem den Großbanken, gewährt hat.

Rechnungsjahr	Vorbelastung (Mill. RM)	Vorbelastung in % der Ausgaben von 1932
1934/35	817	12,5
1935/36	793	11,8
1936/37	769	11,1
1937/38	749	10,7
1938/39	715	10,1

Die „unvernünftigen“ Bauern

Das Erbhofgesetz stößt auf Widerstand

Von Zeit zu Zeit muß jeder größere Nazi-Bonze durch ein Interview für sich Reklame machen, das dann an der Spitze des „Völkischen Beobachters“ erscheint. An diesen Brauch hielt sich auch der Reichshofhalter von Baden, Robert Wagner. Unmüßig zu sagen, daß dieser Wagner von Selbstzufriedenheit über sein „lebensreiches“ Regiment überfließt. Doch an einer Stelle erscheint jäh die Kummerfalte auf Wagners festgewordenen Zügen, als nämlich der Ausfrager zu der Frage gelangt, wie sich die Erbhofgesetzgebung im Lande Baden auswirke. Da seufzt Wagner auf:

„Bei diesem Punkte muß ich Ihnen leider sagen, daß unsere Bevölkerung die große Tragweite und Bedeutung des Gesetzes noch nicht erkannt hat. Es wird noch einer besonderen Aufklärung bedürfen, den Bauern klarzumachen, daß auch für ihre zweiten und dritten Söhne Arbeit werden soll. Sie sollen die ersten Anwärter bei der Reuechtung des feur urbar zu machenden Bodens werden. Ich zweifle nicht, daß auch unter badischer Pauer das Erbhofrecht begrißt werden wird, wenn er erst die auch für ihn noch fühlbaren Erleichterungen klar erkennt.“

Man kann sich ungefähr vorstellen, wie froh der Widerstand der Bauern gegen die „Beglückung“ sein muß, wenn Wagner sich seinen Reklameartikel durch diesen Reuechtung. Die „besondere Aufklärung“ dürfte namentlich durch die Methode Dachau-Heuberg erfolgen.

Arg enttäuschte Wirte

Hoffen und harren...

Die „Frankfurter Nachrichten“ (Nr. 35) bringen einen Bericht über eine Verammlung des Reichsheimlichkeitsverbandes des deutschen Gaststättenwesens. Ein Herr Dr. Kühne kante über die Lage des Gewerbes in Frankfurt: „Beruflich hat das Jahr 1933 leider keine Belebung für das Gewerbe gebracht. Der Bierausstoß und der Branntweinabsatz sind zwar mengenmäßig die gleichen gewesen wie im Vorjahre; aber eine Erhöhung des Konsums konnte nicht erzielt werden. Am Bierausstoßverhältnissen muß man einen Rückschlag verzeichnen. In Frankfurt ist in den Hotels in der Seitenbelegung ein Rückschlag um 12-15 Prozent festzustellen. Im Reich beträgt der Rückschlag 7 Prozent.“

Verluste zur See

Das „dritte Reich“ bekommt den Seestädten schlecht

Die Hafenbewegung in den großen Nordseehäfen zeigte in den Jahren 1933 und 1932 folgendes Bild:

Hamburg		
	Schiffe	Tonnen
1933	16.068	17.822.227
1932	18.020	18.259.138
Unterschied	-1.952	-536.911

Rotterdam		
	Schiffe	Tonnen
1933	9.556	14.908.115
1932	9.542	14.100.429
Unterschied	+14	+807.686

Antwerpen		
	Schiffe	Tonnen
1933	9.841	17.374.504
1932	9.407	16.716.794
Unterschied	+434	+657.710

Kauffalla in der harte Rückgang in Hamburg. Dort liegen allein im Monat Dezember 1933 451 Schiffe von einem Gehalt von 170.617 Tonnen weniger ein als im Dezember 1932.

Dahere Ausichten für die deutschen Seestädten. Es sind keine optimistischen Töne, die man aus Deutschland

über die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Seestädten zu hören bekommt.

Die aussehendsten Jahresübersichten des bekannten deutschen Reederblattes „Dania“ stellen eine einwandfreie Quelle hierfür dar. Dort wird voll Lobes von der günstigen Tarifpolitik der deutschen Eisenbahnen gegenüber den Seehäfen gesprochen, trotzdem aber muß man festhalten, daß die Meistlaste sehr ungenügend sind. Es werden daher auch weitergehende Vorzugstarife verlangt. Außer den Konkurrenten Rotterdam und Antwerpen, die besonders Hamburg und Bremen zu schaffen machen, sind auch noch andere Dörfer in der Nähe der einzelnen deutschen Seehäfen.

Bremen verlor im Konkurrenzkampf gegen den polnischen Hafen Gdansk so gut wie den ganzen Baumwollverkehr mit Polen. Der Anteil am Verkehr mit Österreich, der Fischschiffahrt und Kasarn wird durch die Ausbreitung des italienischen Hafens Triest mehr und mehr den deutschen Häfen entzogen.

Mit welchen unökonomischen Mitteln man trotz allem die Seeschiffahrt zu fördern versucht, geht aus den Mitteilungen über Lübeck hervor. In der erwähnten Uebersicht heißt es nämlich: „Auch mit der im Rahmen der Arbeitsbeschaffung eingeführten Meldebüro... ist es gelungen, trotz der ungenügenden Voraussetzungen einen großen Teil der ausgelassenen Tonnage wieder in Fahrt zu setzen.“ Wenn auch der Zustand in den Häfen nicht besser wurde, so Jahren wenigstens die Arbeitslosenstatistiken gut dabei!

Der hilflose Feder

Was er in Solingen hören mußte - Der verhinderte „Brecher der Zinsknechtschaft“

Der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Diplomingenieur Gottfried Feder, weichte zu wirtschaftlichen Besprechungen im Veralfischen Land. Nach Beendigung einer Anzahl von Vertrieben der Stahlwarenindustrie kam er in die Nachschule für die Solinger Stahlwarenindustrie in der Blumenstraße, wo er in der Aula vom Oberbürgermeister der Stadt Solingen, Dr. Otto, und dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Solingen, Hartkopf, herzlich begrüßt wurde.

Der Oberbürgermeister warf einen Rückblick auf die Entwicklung der Nationalsozialistischen Partei in Solingen und ihr allmähliches Aufsteigen in den Kreisen der Industrie. Solingen, eine Stadt von 110.000 Einwohnern, habe 12 Millionen Reichsmark Schulden. Dazu kämen die leistungsfähigen Wirtschaften.

Die Vorbelastung erfordere inogelant an die viereinhalb Millionen Reichsmark jährlich.

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Hartkopf, stellte mit Sorge fest, daß der Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Wirtschaft noch nicht so marschierte, wie es wünschenswert wäre. Der häßliche Aufbau sei abgeblieben und abgebrochen worden. Die Solinger Nationalsozialisten hätten die Gründe dafür verstanden und sich jeder weiteren Aktion enthalten. Man habe das Schwere zu versagen getan, weil die Solinger Industrie so hart dezentralisiert sei und ein Unternehmer gegen den anderen keine Chance hätte. Durch das Abhocken der ersten Anfänge der Gemeinschaftsarbeit hätten sich der Widerstand und der Geldmarkt wieder härter bemerkbar gemacht als je zuvor. Wenn wie in der Gesellschaft auch es auch in der Solinger Wirtschaft soziale Elemente. Wenn sie auch

gering der Zahl nach seien, hätten sie doch Wirkung auf die Gesamtheit. Denn ihr Verhalten rede an.

Unter den einzelnen Unternehmern sei ein Wettbewerbssampf entbrannt, der alle zu vernichten drohe. Gleichzeitig würden die Arbeitslöhne auf einen unerträglichen Stand gedrückt. Ueberstunden, Schwarzarbeit und Frauenarbeit seien schlimmer als in den letzten Jahrzehnten.

Diese Zustände müßten mit echter Sorge erfüllen. Solche Zustände stimmten nicht überein mit den Grundbitten eines autoritären Staates, und so sei es dringend notwendig, daß sobald wie möglich das wirtschaftliche Leben mit dem staatlichen Leben in Uebereinstimmung gebracht werde. Das werde ohne große Schwierigkeiten möglich sein. Solingen habe den Versuch dazu gemacht und eine Organisation geschaffen, die den Grundbitten des Nationalsozialismus entspreche in Bezug auf den Grundsatz des Führertums, die Ehrenerkennung und die Volksgemeinschaft. Zum Schluß seiner Ausführungen bat der Präsident der Industrie- und Handelskammer den Staatssekretär, zur Unterstützung des heiligen Willens und des Behrens, in Solingen die Wirtschaft in Ordnung zu bringen. Nachmittags in die Stadt zu gehen, mit denen die entscheidenden Elemente bestimmt werden könnten zum Nutzen der gesamten Wirtschaft und zum Nutzen des gesamten deutschen Volkes.

Staatssekretär Feder bemerkte darauf, daß er solche Mitteilungen, namentlich die Bemerkung über das Verhalten sozialer Elemente, die offensichtlich nur Ausnahmen seien, mit Betrübnis und Bedauern höre. Die Betroffenen müßten sich darüber klar sein, daß der nationalsozialistische Staat solche Elemente nicht dulden werde.

Propaganda und Wirklichkeit

Letzte Chance des Systems

(Z.N.) Propaganda ist eine schwierige Kunst. Den Arbeitslosen offen die Silberklammer von Milliardensummen zu erzählen, die für Arbeitsbeschaffung ausgegeben werden sollten, den Bankiers, die eine Anstaltion besaßen, aber muß sie mitteilen, daß nur relativ geringe Summen für Arbeitsbeschaffung ausgegeben werden. Durch einen dieser Beschäftigungsversuche, der im „Bankrot“ veröffentlicht wurde, erklärt man, daß für die Reichsautobahnen, für die Hitler in stammender Rede 2 Milliarden ankündigt, noch nicht ein Pfennig bereitgestellt wurde, sondern nur 1400 Millionen „in Aussicht genommen“ wurden. Wenn die Reichsbahn nicht 80 Millionen zur Verfügung gestellt hätte, hätte mit dem Bau überhaupt noch nicht begonnen werden können.

Im vergangenen Jahre konnten immerhin bei der gesamten Arbeitsbeschaffung 600.000 Menschen beschäftigt werden, vornehmlich durch die Maßnahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms unter Dr. Goebbels, den die Nationalsozialisten als unangenehme Konkurrenten einberieten. Nur dieses Jahr aber sieht es trübe aus. Der Staatssekretär für Arbeitsbeschaffung, Reinhardt, teilte mit, daß für 1934 keine Arbeitsbeschaffung in der bisherigen Weise möglich sei, und der Reichsfinanzminister, Graf Schwerin-Krosigk, mußte ergänzen, daß bei der allgemeinen Platte der öffentlichen Kassen eine „dauernde Wiederholung solcher zusätzlichen Ar-

bbeitsbeschaffungen nicht möglich“ sei. „Im neuen Jahre wird sich die zusätzliche Arbeitsbeschaffung im wesentlichen auf die Fortführung des großen Wertes der Reichsautobahnen beschränken“, mit dem bisher allerdings aus Mangel an Mitteln kaum begonnen werden konnte. Die Ausichten für eine Wirtschaftsanforderung durch Arbeitsbeschaffung sind demnach nicht sehr froh, und das amtliche Institut für Konjunkturforschung stellt ein, daß „die entscheidende Frage für das Jahr 1934 ist, ob die Unternehmerinitiative sich so stark entfaltet, daß die öffentliche Arbeitsbeschaffung allmählich zurücktreten kann“.

Der jetzige Finanzminister, Herr v. Papen, hat 1932 während seiner Reichskanzlerwahl den Unternehmern erklärt, daß eine Entwicklung der Unternehmerinitiative die Herrschaft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Deutschland nicht aufrecht erhalten werden könne. Seine Reuechtungsinitiative sei „die letzte Chance“ der Unternehmer, durch eigene Initiative das kapitalistische System zu retten. Die Unternehmerinitiative ist ausgeblieben, nun schon einjährig Jahre lang, von Papen kürzte und lehrte als Minister im Oktober zurück und wieder wartet eine Regierung zweifelt auf die Entwicklung der Unternehmerinitiative zur Rettung der kapitalistischen Ausbeutung, mit der sie nicht und fällt.

Die Steuerlasten, die auf dem Gaststättengewerbe ruhen, sind erschreckend. Vom Umsatz werden 23 Prozent weggenommen. Wenn eine Steuerreform komme, müßten in erster Linie die Verbrauchsteuer, die Getränkesteuer und die Hauszinssteuer fallen. Leider sei die Vereinfachung dieser Steuern aber im Augenblick noch nicht möglich.

Die Landbauernwirtschaft habe die Aufmerksamkeit auf den Rückschlag des Verkehrs von Weizenbrot gelenkt. Um den Verkehr von Weizenbrot wieder zu steigern, sollten in den Gaststätten wieder mehr Brotchen angeboten werden. Eine allgemeine Belebung im Gaststättengewerbe wird erst eintreten können, wenn alle Volksgenossen wieder Arbeit haben, dann wird der Verbrauch auch wieder steigen. Es konnten in dieser Zeit über hundert unzufriedene Gaststätten geschlossen werden.

Mit hartem Beschall wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die Ertragsräume in den Warenhäusern und die Kantinen bei den Behörden in kurzer Zeit verschwinden

werden. Generell sind alle Maßworte dafür, das weibliche Bedienungspersonal zu entlassen, damit Platz für das noch arbeitslose männliche Personal geschaffen wird.

Sie haben nichts zu lachen

In den letzten beiden Monaten wurden in Stuttgart auf Antrag der zuständigen gemeindezeitlichen Kleinsten sieben Männer wegen Trunkfucht entmündigt und in Fränkterlandhalten verbracht. Jetzt hat sich das Bürgermeisterrat entschieden, Vinen von schweren Gewohnheits-trinkern anzuhaken, die nach Auftritten des Verwahrungsgefes in Konzentrationslager verbracht werden sollen. Zugleich kündigt es an, daß es von jetzt ab mit besonderer Schärfe gegen jeden Akt vorgehen werde, der sich gegen die Bestimmungen des Reichsgaststättengesetzes verzeht, indem er an einer betrunkenen Gast noch alkoholische Getränke verabreicht.

Hermann Bahr als Sozialist

Wolfgang Heine, heute ein Veteran der deutschen sozialistischen Bewegung, bis zum Kapp-Putsch preußischer Innenminister, eine Persönlichkeit mit vielseitigen geistigen Interessen, veröffentlicht die folgenden Erinnerungen an den jungen Hermann Bahr:

Darf man in einer Zeit, in der täglich verkündet wird, jetzt eben sei für mindestens 1000 Jahre das Endgültige gesagt und erreicht, überhaupt die Gedanken ein halbes Jahrhundert rückwärts lenken und Interesse erbiten für Menschen der so oft genannten Generation von 1860? — Mit Hermann Bahr, dem 70jährigen Verstorbenen, ist mein letzter Jugendfreund dahin gegangen. Mir, dem noch zwei Jahre Älteren, sei ein Rückblick erlaubt; keine kritische Untersuchung des ganzen Hermann Bahr und seines Werks, nur selbst Erlebtes.

Die sich national nennende deutsche Studentenbewegung vor 50 Jahren führte uns zusammen. Bahr, den Oesterreicher aus schlesischem Stamm, mich den Norddeutschen; beide aus den Kreisen, deren hingebende Liebe zum deutschen Wesen erwachsen war aus der Ueberlieferung der Kämpfe um deutsche Freiheit und Einheit und in innigster Verflechtung mit der deutschen Kultur, namentlich ihrem universellen Klassizismus. Ich redigierte damals die „Kyffhäuser-Zeitung“, das Organ der Vereine deutscher Studenten. Hermann Bahr, steuerte mir dazu einen vortrefflichen Aufsatz über das eben herausgegebene „Kapital“ von Rodbertus bei. Im Sommer 1884 kam Bahr nach Berlin, am Schluß seines zweiten Semesters schon von drei Universitäten verwiesen. Wir wurden bald die nächsten Freunde. Ich fand in ihm einen heiteren, hinreißend liebenswürdigen, von jedem Fanatismus freien, immer suchenden und strebenden Menschen. Die spielerische Leichtigkeit und gelegentliche Ironie bei ihm waren kein Ausdruck mangelnden Ernstes; für mich als Norddeutschen aber war es höchst heilsam zu lernen, daß man auch ernste Probleme mit Heiterkeit anpacken könnte. Unser Kreis dehnte sich nur wenig aus; manche gute Stunde verbrachten wir mit Arnold Holz bei einem sauren Markgräfer in einer kleinen Weinstube. Bahr hatte von Wien die Gewohnheit mitgebracht, morgens lang im Bett zu verweilen. Er ließ sich planmäßig mehrfach wecken, um die Freude des Wiedereinschlafens zu genießen. Dann aber konnte sein Arbeitseifer, seine ausschweifende Lust zu immer neuen Studien keine Grenzen. Er selbst hat von seinen damaligen Berliner Jahren gesagt, er hätte dort erst Arbeit kennen gelernt und die Grundlagen für sein ganzes Leben gefunden.

Wir hörten zusammen Vorlesungen bei Schmöller und Adolf Wagner. In Wagners Seminar fand sich eine interessante Gesellschaft zusammen, darunter Dr. Krammarch, der während des Krieges wegen seiner Versuche eines Friedens mit Rußland zum Tode verurteilt worden ist und dann in der tschechischen Revolution eine bedeutende Rolle gespielt hat; auch Dr. Dietrich Hahn, der nachmalige Leiter des deutschen Bundes der Landwirte. Die interessanteste Persönlichkeit war Adolf Wagner selbst, konservativer Politiker, Freund Adolf Stöckers, zugleich aber der lauterste Mensch und der anregendste Lehrer auch für uns, der sogar mit sichtlichem Vergnügen unsere oft sehr ungezügelter Expectorationen aufnahm. So z. B., als Bahr einmal erklärte, er müsse die Kulturböhe einer Nation an der Zahl der Revolutionen, die sie durchgemacht hätte.

Bahr und ich hatten sehr bald die Verbindung mit unserer bisherigen Politik gelöst. Ich sah, daß die Vereine deutscher Studenten sich zu Pflanzschulen der preußischen Konservativen entwickelten, während ich die Aufgabe der deutschen Nation in der Führung der Welt zu geistiger Freiheit suchte. Die Tendenz zur Engherzigkeit und Unduldsamkeit, die lächerliche und unkeusche Prüderie vor Werken der Kunst und die gequälte Romantik ihrer Verherrlichung des Mittelalters waren mir zuwider. Der Oesterreicher Hermann Bahr wieder war angeekelt von der geistlosen und brutalen Judenhetze, die sich in Wien unter Schönerer breit machte.

Was nun? — Die deutschen Nationalliberalen hatten ihre große Vergangenheit hinter sich seit der Sezession der geistigen Führer und waren im Grunde Konservative, die sich nur liberal nannten, weil ihre Wähler städtische Bürger waren. Die deutsch-freisinnige Partei hatte zwar die Sezessionisten aufgenommen, trug aber immer noch den Stempel Eugen Richters. Das konnte junge Seelen so wenig locken, wie dies in Oesterreich die „Demokraten“ vermochten. Uns war dies alles zu „kleinbürgerlich“, im geistigen Sinne gesagt. So blieb uns nichts als der Weg der Sozialdemokratie. Wir waren unter den Ersten jener Generation der deutschen Intelligenz, die ihn einschlugen; nachmals sind viele Tausende ihn gegangen.

Dies alles haben Hermann Bahr und ich in den endlosen Nächten, in denen Zweiundzwanzigjährige sämtliche Probleme zu „lösen“ pflegen, durchgesprochen. Bedenken machte uns nur unsere Unklarheit über das Verhältnis einer sozialistischen Demokratie zur Nation. Wir wußten, daß der Strom der Weltkultur nur aus den Bächen nationaler Kulturen sich sammeln kann. Wir konnten uns auch keinen Sozialismus denken, der damit begänne, die unmittelbarste Verbindung der Glieder eines Volkes, die der gemeinsamen Kultur, zunächst zu lösen, um nachher erst wieder die Menschheit international zusammen zu knüpfen. In einer späten Nachtstunde „gründeten“ wir auf meiner Bude den „nationalen Sozialismus“, der sich freilich himmelweit von dem unterschied, was sich heut so nennt. Wir taufte ihn feierlich mit vielem Tee unter dem Weihrauch reichlicher Virginiazigarren. Das war natürlich halb Ernst, halb Spaß. Wir sahen auch schnell genug ein, daß die Unklarheit in uns gelegen hatte, daß gerade der deutsche Sozialismus durchaus auf dem Boden nationaler Kultur stand, wir lasen es bei Engels, daß er sich als Erbe der deutschen klassischen Philosophie und Literatur fühlte. Das Problem verlor endlich überhaupt an Bedeutung mit der Erkenntnis, daß zwischen nationaler und internationaler Kultur kein kontradiktorischer Gegensatz besteht, diese vielmehr einander polar bedingen. Dasselbe galt aber auch von den Begriffen Sozialismus und Individualismus, und dies gab für uns den Ausschlag. Denn was uns am meisten der bestehenden Gesellschaftsordnung entfremdete, war die Unterdrückung der freien schöpferischen Persönlichkeit durch den Frondienst für das Kapital und den bürokratischen Staat.

Hermann Bahr gab der materialistischen Geschichtstheorie, daß die geistigen Bewegungen nur die Widerspiegelungen der materiellen Entwicklungsvorgänge seien, eine eigenartige Ergänzung: die Gesellschaft bedürfe, um diese unter der Decke des materiellen Daseins sich vollziehenden geistigen Veränderungen zum Bewußtsein zu bringen, der „bis in die Fingerspitzen nervösen“ und vorführenden freien Persönlichkeiten. So wurde Bahr selbst zu dem „Mann von übermorgen“, wie Maximilian Harden ihn genannt hat.

In der Sozialdemokratie hatte Bahr sich früh durch seine Broschüre „Die Einsichtslosigkeit des Herrn Schäffle“ Ansehen erworben, eine sehr scharfe Erwiderung auf die professorale Streitschrift des frühern christlich-sozialen österreichischen Ministers „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“. Darauf hatte er das österreichische Parteiblatt „Die Gleichheit“ unter schwierigsten Umständen und mit größtem Mut — es war während seines Militärsjahres — insgeheim geleitet. Dann warf er dies weg und ging nach Paris; zu seinem Glück, denn in eine Parteifron paßte er so wenig wie in eine staatliche.

Neben seinem zum Anarchismus neigenden Freiheitsideal fühlte ich schon Jahrzehnte bevor er selber es zugegeben haben würde, in ihm einen positiv katholischen Bestandteil. Einer unserer sozialdemokratischen Freunde sagte mir bereits 1887 einmal mißbilligend: „Bahr wird entweder Anarchist oder katholisch.“ Ich entgegnete ihm: „Siehst Du denn nicht, daß er beides ist?“

Dies alles hing zusammen mit einem Grundzug in Bahrs Wesen, der Fähigkeit und Neigung zu großen Konstruktionen. In der Nationalökonomie verwarf er die historische Methode Schmollers zugunsten der abstrakten Adolf Wagners. Höher als beide schätzte er die Niccardo-Marxische Werttheorie und den historischen Materialismus von Marx, den er bis aufs Aeußerste überspitete. Als er 1888 seine sozialdemokratische Redakteurstelle aufgab, schrieb er mir zur Erklärung, er brächte es nicht über sich, den Genossen täglich vorzuerzählen, die Eroberung der politischen Macht und die Ueberwindung des Kapitalismus stünden in praktisch greifbarer Nähe. Ich erwiderte ihm, wer ihn denn zwänge, solchen Unsinn zu behaupten. Aber es war wohl so, daß Bahr selbst sich kein Ideal denken konnte, dessen Verwirklichung von noch unbekanntem Umständen abhänge und nicht bis zum Letzten ausgebaut dastünde.

Als Bahr seinen Katholizismus bis ins Aeußerste forcierte, folgte er auch nur, wie stets, seinem eigensten Wesen. Darum konnte er auch seinen ganz anders denkenden Freunden treu bleiben, wie sie ihm. Oft habe ich Bahr in seinem geliebten Salzburg besucht. Ich habe mit ihm, dem unermüdeten Fußwanderer, den Untersberg bestiegen, in seinem köstlichen Bibliotheksraum im Arenbergschloß wieder wie in den Jugendjahren bis tief in die Nacht bei Kaffee und Virginia Rede und Gedanken getauscht, wenn die edle Herrin des Hauses, die große Künstlerin Anna Bahr-Mildenburg, sich längst zurückgezogen hatte. Unsere Gespräche betrafen sehr viel das religiöse Gebiet, aber ich darf verraten, daß noch mehr als St. Antonius Bahrs anderer großer Schutzheiliger, Wolfgang Goethe, darüber waltete. Auch in München suchte ich ihn stets auf, bis seine fortschreitende Krankheit dies hinderte.

Und ebenso wie ich standen andere Freunde zu ihm, vor allem der ihm im Tode vorangegangene unvergeßliche Arthur Kahane.

Jetzt sind diese Bande durch den Tod gelöst. Wir werden Hermann Bahr weiter lieben; beklagen können wir ihn nicht.

Zeit-Notizen

Gefunden!

Das frühneolithische Skelett von Groß-Tinz in Schlesien ist einer Veröffentlichung des Staatlich-sächsischen Forschungsinstituts in Leipzig zu Folge „nordischer Rasse“.

Eine Aufforderung

Im Leitartikel des „Deutschen Nahrungsmittelarbeiters“ (4), der eine Rede von Wolkersdörfer enthält, heißt es: „Lest das Buch des Führers Adolf Hitler — Mein Kampf — nicht einmal, nein zwanzigmal. Seht alle, was er geschrieben, daß es so geworden und wird. Zieht die Lehre daraus —.“ Was festgehalten werden soll, da die Auslandsagitation der Nazi von den außenpolitischen Grundsätzen, die im Buch des Oaf stehen, abrückt.

Die Treue siegt

Aus Anlaß der Vollendung des ersten Amtsjahres der Regierung Hitler hat, wie wir zuverlässig erfahren, Reichspräsident von Hindenburg an Reichskanzler Hitler folgendes Handschreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Als ich Sie vor Jahresfrist zum Reichskanzler ernannte, habe ich — eingedenk meines schon in allen Lebenslagen bewährten Manneseides auf die inzwischen dem nationalen Gewissen gleichgeschaltete Verfassung — Ihnen die Möglichkeit gegeben, alles Schädliche aus dem Leben unserer Nation zu beseitigen. Sie haben sich dieser Aufgabe mit sittlicher Leidenschaft hingegeben.

Entsprechend meinem Lebensgrundsatz: „Die Treue ist das Mark der Ehre.“ will ich Ihnen als redlicher Vater unseres Vaterlandes vor der Geschichte bezeugen, daß ich Sie leider verkannt habe. Jahre des Leides wären der Nation und mir erspart geblieben, hätte ich Ihnen schon damals die Hand gereicht. Weshalb, so muß ich mich heute fragen, hörte ich nicht damals schon auf die Stimmen Ihrer Herren Amtsvorgänger, die mir zufflüsterten, daß nur Ihnen der Weg zur Rettung des Vaterlandes gelingen würde?

Nun sind wir auf diesem Wege. Dank Ihrer umsichtigen Führung ist Deutschland heute wieder ebenso beliebt wie gefürchtet unter den Völkern. Indem Sie dafür sorgten, daß das

Der Eintopf

Begeistert reiß ich diese Melodie

mir aus den Saiten:

Du hochveredelte Demokratie

süß ist, für dich zu streiten.

Du Zeugin des allgemeinen Wohls

dampfst aus dem Kochtopf mit dem Dampf des Kohls.

Zieh nicht die Nase kraus, Aristokrat,

vom Worte kommen endlich wir zur Tat.

Zu opfern gilt! Ertrag es stolz und stoisch.

Zum Mittag macht uns auch der Eintopf satt.

— sofern man vorher gut gefrühstückt hat.

M. I. Grant.

Deutsches Gemüt

Noch vor dem Tode

Der „Beobachter“ in Hirschberg i. Rsgb. veröffentlichte am 10. Januar diese Todesanzeige:

Am 9. Januar verstarb plötzlich mein geliebter Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater

Ludwig Wallfisch

im Alter von 72 Jahren.

Frau Martha Wallfisch, geb. Wallfisch

Dr. Arnold Wallfisch

Hanne Zweig, geb. Wallfisch

Dr. Max Zweig

Gabriele Zweig.

Hirschberg i. Rsgb., Reichenbach u. d. Eule.

Die Beisehung findet Donnerstag, den 11. Januar, um 13 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes aus statt.

Von Kondolenzbesuchen bitten wir abzusehen.

Am Tage darauf, noch ehe der Leichnam in die Erde versenkt war, erschien im „Beobachter“ folgende Erklärung:

Durch ein Versehen

eines Lehrlings in der Anzeigenannahme ist gestern eine Anzeige eines Juden erschienen. Wir stellen hiermit ausdrücklich fest, daß es sich nur um ein Versehen handelt, daß unsere Einstellung den Juden gegenüber nach wie vor unverändert ablehnend geblieben ist und daß wir es auch für die Zukunft ablehnen, irgendeine Anzeige eines Juden aufzunehmen.

Die Anzeigenabteilung des „Beobachters“.

Klaverkamps Mappe

Die gleichgeschalteten Lehrerzeitungen, u. a. die „Brandenburgische Schulzeitung“, berichten begeistert über bedeutsame wissenschaftliche Errungenschaften „am Nuten der Unterrichtspraxis der deutschen Rasseschulen“. Unter dem Titel „Anleitung und Material zur Anfertigung eines Stammbaumes“, hat Studienrat Klaverkamp eine Mappe herausgegeben, die den Schülern und Schülerinnen schon vom 5. Schuljahre an ermöglicht, ohne wesentliche Nachhilfe seitens des Lehrers ihren Stammbaum bis auf die Urgroßeltern in übersichtlicher Form sauber zusammenzustellen. Der Herausgeber hat eine Form gefunden, die überall anwendbar und sofort vom Schüler auch begriffen werden kann. Die Hilfsmittel setzen sich zusammen aus einer Mappe mit genauer Anleitung und Musterbeispiel, einem leeren Kartonbogen und aus einer genügenden Menge gummierter und vorgedruckter Klebezettel, die zur Aufnahme der Namen, Daten usw. dienen. Der billige Preis von 15 Pf. steht einer Anschaffung durch die Kinder nicht im Wege. Die so gewonnene Uebersicht über die Glieder der Familie dürften denselben viel Freude bereiten. Erschienen ist dasselbe im Verlag H. Buschmann, Münster i. W.“

Von Waldemar Geimm

deutsche Schwert wieder so blank und stark an der Seite fast aller deutscher Männer getragen wird, wie in der Väterzeit, überzeugen Sie die Welt von Deutschlands friedlichem Geist von Tag zu Tag mehr. Das dankt Ihnen unser unvergleichliches deutsches Heer. In die Freude der Jugend, eine stolze und wehrhafte Tradition fortsetzen zu können, mischt sich das Glück der ganzen Nation, nach kummervollen Jahren endlich zu ewigem Frohsinn erwacht zu sein. Unser Herrgott, der nach dem schönen Wort des Dichters Eisen wachsen läßt, ist wieder mit uns und freut sich herzhafte unseres Erwachtseins.

Sittliches Erleben macht groß, Herr Reichskanzler. Hätten wir das Glück gehabt, Ihre Größe schon erkannt zu haben, als Sie noch der unbekanntere Gefreite waren, dann hätte Deutschland bereits den vorigen Weltkrieg gewonnen!

In diesem Sinne sieht das junge Deutschland mit Freude und Zuversicht auf die kommenden Jahre Ihres Wirkens in Frieden und Wohlstand.

gez.: von Hindenburg.

Wir entnehmen diese Glosse der ersten Nummer der in Prag erscheinenden illustrierten satirischen Wochenschrift „Der Simplicus“, die wieder vortreffliche Beiträge und gute Bilder enthält.

Die 6fache Hinrichtung

Amtliche Greuelpropaganda

Der Neue deutsche PresseDienst, eine periodisch erscheinende Korrespondenz, die mit der Ausgabe betraut ist, gegen die sogenannte Greuelpropaganda aufzutreten, veröffentlicht jetzt eine amtliche Darstellung über die vor einiger Zeit erfolgte Hinrichtung von sechs Kommunisten in Köln, die wegen Ermordung von zwei SA-Leuten zum Tode durch das Beil verurteilt waren. In dieser Schilderung heißt es:

Die Hinrichtung wurde für 7.30 Uhr festgesetzt. Kurz vor 7 Uhr erschienen im Gefängnishof die Amtspersonen, die der Hinrichtung beizuwohnen hatten, ferner einige SA- und SS-, der Polizeipräsident von Köln und zwölf Bürger. Pünktlich um 7.30 Uhr ertönte zum erstenmal für die Dauer einer halben Minute die Totenglocke des Gefängnisses. Gleichzeitig wurde der erste Verurteilte in Begleitung von Gefängniswachen und eines Geistlichen herausgeführt. Dieser Delinquent sowie auch die übrigen Todeskandidaten ließen sich ohne Widerstand über den noch in Dunkelheit liegenden Hof zu dem Tisch führen, vor dem der Gerichtshof Platz genommen hatte.

Der Staatsanwalt legte den Verurteilten den abgelehnten Bescheid des preussischen Ministerpräsidenten Göring vor und ersuchte sie, vor dem Inhalt Kenntnis zu nehmen. Dann fragte er die Verurteilten, ob sie noch etwas zu sagen wünschten.

Vier der Delinquenten verneinten. Der fünfte sagte: „Ich bitte, auf meine Frau und Kinder Rücksicht nehmen.“ Der sechste erklärte: „Ich bin kein Mörder, ich bin ein politischer Kämpfer.“

Während der Erklärung des Staatsanwaltes drehten sich die Verurteilten mit dem Rücken zur Richtstätte, die aus einem flachen, niederen Tisch und einem etwas höheren Nichtblock bestand. Nach den Erklärungen der Verurteilten wurden ihnen von den Henkersknechten mit einer schwarzen Binde die Augen verbunden. Hierauf wurde einer nach dem anderen zu dem niederen Tisch geführt, wo sie festgebunden wurden.

Während einer der Henkersgehilfen mit beiden Händen den Kopf des Verurteilten am Nichtblock festhielt, führte der Scharfrichter den tödlichen Stieb gegen den Delinquenten. Nach jeder Hinrichtung meldete der Scharfrichter dem Staatsanwalt, daß die Hinrichtung in zwanzig Sekunden erfolgt sei. Von dem Augenblick, wo der Verurteilte von den Henkersknechten erfasst und über den Nichtblock gebunden wurde, bis zu dem Augenblick der Hinrichtung vergingen nur zwanzig Sekunden. Einer der Delinquenten wurde in der Zeit von vierzehn Sekunden hingerichtet. Mit Ausnahme eines Delinquenten wurden alle anderen durch einen einzigen Beilhieb geköpft. Bei dem Verurteilten Hammacher war ein zweiter Beilhieb nötig.

Deutsche Untertanen

Vertrauliche Mitteilungen sind strafbar

Unter den Reichsgerichtsentcheidungen der jüngsten Zeit befindet sich ein Urteil, das festgenommen werden muß. Nach diesem Urteil (6224/33) kann die strafbare Verbreitung einer unwahren oder gräßlich entstellten Behauptung, die geeignet ist, das Wohl und Ansehen des Reiches, der Regierung und der Regierungsmittelglieder zu untergraben, auch durch vertrauliche Mitteilungen an Dritte begangen werden.

Das Urteil hat folgende Vorgeschichte: Der sozialdemokratische Bürgermeister von Schmöln (O. L.) hatte in der Zeit vor dem Verbot der SPD. (1) einem inwärtigen Sozialdemokraten einige Exemplare einer linksgerichteten Druckschrift übergeben, die sich mit der Zukunft des Deutschen Reiches beschäftigte. In dieser Druckschrift wurde die inwärtigen eingetretene Lebensmittelpreiserhöhung vorausgesehen und ein Niedergang der Lebenshaltung des Volkes angekündigt. Bei der Uebergabe der Druckschrift bemerkte der Bürgermeister ausdrücklich, daß dieselbe vertraulich sei. Als die Angelegenheit ruchbar wurde, hatte sich der Täter vor dem Landgericht in Saagen zu verantworten, das ihn freisprach, weil durch die vertrauliche Weitergabe des Materials der Verheimlichung der Angriffe gegen Regierung und nationale Erhebung nicht erfüllt gewesen sei. Aber das Reichsgericht entschied nunmehr in Würdigung der nationalen Belange auf neuerliche Verhandlung der Sache. Daran, daß die herabwürdigenden Äußerungen nicht einem größeren Personenkreis gegenüber gemacht worden sind, kommt es nach Meinung des Reichsgerichts gar nicht an. Es genügt vielmehr, daß derartige Behauptungen überhaupt aufgestellt wurden.

Den Vertretern der deutschen Justiz wird es sicher Traur und Nacht sein, daß sie nicht auch Gedankenleser sind. Erst dann, wenn sie auch den Gedankenleser vor die Schranken des Gerichts zitieren könnten, hätte das Leben für sie den richtigen Inhalt.

„Fröhlich Pfalz“

Scharfer Wind

In Wermersheim wurde der Stuhlrechner Georg Person in Schutzhaft genommen, weil er „unwahre Behauptungen über die Konzentrationslager“ aufgestellt hatte. Er war Gründer der ehemaligen SPD. in Wermersheim und befand sich schon einmal in Schutzhaft.

Auf der Kirchweibe in Gimbach behauptete der 27jährige Fabrikarbeiter Rudolf Siegner, was über den Reichstagsbrand geschrieben werde, sei alles Schwindel. Er wisse, wer den Reichstag angezündet habe, man dürfe aber nichts sagen. Dafür wurde Siegner nunmehr vor dem Sondergericht der Pfalz in Frankenthal, trotzdem er Trunkenheit vorwühlte, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt.

Urteilsverkündung: Heinrich Rantl, Konsumvereinsangehörer, Pirmasens, 30 Mark Geldstrafe eventuell 10 Tage Haft. — Grund: Angebliche Verschönerung des „deutschen Grafes“. Vorbeurteilung: 8 Wochen Schutzhaft im Gefängnis.

Die Arbeiter Georg Welsch und Arth Schäfer, beide von Rodalben, wurden durch die Gendarmerie in Schutzhaft genommen und nach Pirmasens eingeliefert, weil sie, was jetzt erst bekannt wurde, in der Silvesternacht in einem dortigen Privathaus anlässlich eines Neujahrsfestens die „Internationale“ gesungen haben.

Der Fabrikarbeiter Heinrich Weis, geb. 10. 7. 1890 zu Nibelberg, wurde wegen Verleumdung der Reichsregierung vorläufig festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert. In Schutzhaft genommen wurde der in Pirmasens wohnhafte Albert Schmeier. Er war seinerzeit als bekannter

Amtlich bestätigte SA.-Greuel

SS-Mörder vor einem deutschen Gericht

Das Berliner Sondergericht für die Aburteilung von Verbrechen innerhalb der SA. und SS. hat am 20. Dezember die SS-Männer, Bauarbeiter Paul Dähle und Leopold Kallf, zu je 15 Jahren Zuchthaus und die SS-Leute, Bauarbeiter Otto Pansegrau und Dreher Josef Ochsenpfort, zu je 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Während der ganzen Verhandlung, auch während der Urteilsbegründung, blieb die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Man wählte als Vorwand die angebliche Gefährdung der Sittlichkeit. Ueber die Einzelheiten der Verhandlung ist nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Aber man hat erfahren, daß der Vorsitzende des Sondergerichtes, Landgerichtsdirektor Rehn, einer der schärfsten nationalsozialistischen Richter, in der Urteilsbegründung erklärt habe, nach solchen Vorfällen, wie sie in der Verhandlung bekanntgegeben worden seien, würde es kaum noch gerechtfertigt erscheinen, Anklage wegen der Verbreitung von Greuelmärchen zu erheben.

Die Vorgänge, die zur Anklageerhebung wegen gemeinschaftlichen Totschlages führten, sind für die Gefühns- und Gemütsart gewisser Teile der Hitlermiliz ebenso charakteristisch, wie die Rechtszustände in Deutschland charakterisiert werden durch die Mäße, die es kostete, die Verbrecher ihrer Bestrafung zuzuführen.

Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Der 33 Jahre alte Arbeiter Max Lucas hatte die Nacht vom Sonnabend den 2. Dezember, zum Sonntag, den 3. Dezember, in einem Lokal zugebracht, in dem sechs SS-Leute das Publikum durch dauernden Gesang belästigten. Er hatte schließlich den SS-Leuten zugern: „Dort doch endlich mit eurem dämlichen Gesänge auf.“ Es ist vor Gericht bestätigt worden, daß Lucas ein ganz harmloser Mensch war, der nie einer Partei angehört und sich überhaupt nie politisch betätigt hat.

Die Geschlechtsteile abgeschnitten

Die sechs bewaffneten SS-Leute fielen darauf über Lucas her, richteten ihn fürchterlich zu und warfen ihn in den Neuföllner Stichkanal. Es gelang dem Lucas trotz seiner schweren Verletzungen und obwohl der Kanal etwa 40 Meter breit ist, das Ufer zu erreichen. Darauf ergrieffen die SS-Männer ihn wiederum, schlugen ihn einfach tot und warfen ihn auf die Straße vor dem Straßenbahnhof Mittelbuschweg bei Neufölln. Dort fanden Nationalsozialisten die Leiche und benachrichtigten sofort die Polizei. Nach der Feststellung der Polizei wies die Leiche fürchterliche Verwundungen auf: Die Geschlechtsteile waren abgeschnitten, der Bauch war durch Messerstiche von oben bis unten in eine formlose Masse verwandelt, der Körper war so zugerichtet, daß die Polizeifachverständigen annahmen, der Mord sei offenbar von sexualpathologischen Momenten mit bestimmt worden.

Geheime Feldpolizei vollstreckt Haftbefehl nicht

Auf Grund der polizeilichen Ermittlung wurde ein Haftbefehl wegen Mordes gegen die Täter — die oben benannt

Angeschlagene und zwei SS-Männer höherer Charge — erlassen. Aber die geheime Feldpolizei, die die Disziplinardisziplin der SS- und SA-Leute ist, weigerte sich, den Haftbefehl zu vollstrecken. Man ließ die Täter zunächst gemächlich in der General-Pape-Straße sitzen. Schließlich wurden die Mörder doch verhaftet. Die erste Folge davon war, daß die beiden SS-Leute der höheren Charge, über deren Namen nur nicht erweisbare Gerüchte umgeben, sich vor ihrer Ueberführung ins Untersuchungsgefängnis in der General-Pape-Straße erbauten. Die vier anderen SS-Männer oder SA-Männer endlich vor ihren Richtern. Die Zahl und Schwere der verurteilten Fälle zeigt, wie stark die Hitler-Miliz von verbrecherischen Elementen durchsetzt ist. Die SA-Verfassung hat ja dieses Verbrechertum in den Reihen der Garde des „Dritten Reiches“ geächtet.

Lebendig in Sarg gelegt

Gerade was die Personen der beiden in obigem Poste Angeklagten Kallf und Pansegrau betrifft, so hat man ihnen gegenüber eine sträfliche Nachsicht walten lassen, die doch überaus besitznehmend ist. Kallf und Pansegrau hatten nämlich zu jenem SS-Kommando gehört, das die Belagerung des Hauses des Deutschen Arbeiterverbandes in der Neuenaustraße in Berlin-Neukölln durchführte und dort Dinge vollführte, die das Schlimmste an Rohheit bedeuteten. Unter anderem legten die SS- und SA-Leute einen der Sekretäre des Verbandes in einen Sarg, den sie im Magazin dieser Feuerbestattungsorganisation gefunden hatten. Sie schlossen den Sarg und führten ihn mit dem eingeschlossenen Mann unter Abhängen nationaler Ueber durch die Stadt. Der Sekretär ist seitdem tot geworden.

Die Fälle, die sehr zahlreich an die Sondergerichte vermittelten werden, sind teilweise so furchtbar, daß man schon nicht mehr wagt, sie vor den eigentlich zuständigen provinziellen Sondergerichten verhandeln zu lassen. Man bringt die Verhandlung vor das Berliner Sondergericht, weil in der Provinz die Einzelheiten sich schneller herumsprechen würden. (Prager „Sozialdemokrat“.)

„Dragonaden“ im Saargebiet

Man schreibt uns: Als Ludwig XIV. um 1681 seine harten Unterdrückungsmassnahmen gegen die Protestanten begann, als er seine Dragonen in protestantischen Orten und Häusern einquartierte, um die Bewohner durch allerlei üble Schikanen dem Katholizismus zuzuführen, da galten diese Methoden als unwürdige Massnahmen einer Zeit, in der immerhin noch mehr Verständnis für Bedrückung und Entrechtung vorhanden war als im 19. Jahrhundert. Als die sogenannte „nationale Revolution“ in Deutschland ihren Siegeslauf begann, lebten „Dragonaden“ ganz anderer Art ein. Was bis jetzt über die deutschen Schreden der Gegenwart in die Öffentlichkeit gedrungen ist, ist trotz aller Härterlichkeit nur ein Bruchteil des tatsächlichen. Die Aufhebung von Recht und Gesetz zum Nachteil der Unterdrückten und Vergewaltigten, die selbst mittelalterliche Begriffe übersteigende Folter wehrloser Menschen, die grundsätzliche Freiheitsberaubung, verbunden mit unbeschreiblichen Mißhandlungen, geübt an mehr als 200.000 Menschen, die Verachtung der bürgerlichen Ehre, die Enternung der deutschen Menschen sind Methoden, die sich unter den Augen der Kulturvölker der Erde abrollen, ohne daß eine Hand sich hebt, die Einhalt gebietet.

Die gleiche Partei möchte die gleichen Methoden auch im Völkerbundsaal Saargebiet anwenden. Das sie einzuermöglichen daran gehindert wird, veranlaßt ihre Zeitungsschreiber, über Unterdrückung der freiheitlichen Staatsbürgerlichen Betätigung Beschwerde zu führen. Die verbündete offene brutale Dragonade erickt man aber im Saargebiet durch ein wohlausgesetztes System des geheimen Terrors, das mit einer wahren Virtuosität zur Weichheit entwickelt wird. Hand in Hand mit der unterirdischen Propaganda ge-

gen ländliche Geschäftsleute und Künstler geht der Kampf gegen alle Nichtsozialisten. Die Geister Diktors an der Saar kämpfen einen schweren Kampf und sind dabei im wesentlichen auf sich selbst angewiesen. Selten nur läßt sich der geheime Terror entlarven, selten gelangt es, die Köpfe bloßzulegen, die ein ganzes Reich bilden, das über die Opfer des Hitlerterrors im Saargebiet ausgeworfen wird: Bürgerliche Rechtschaffen, Untergrabung der Ehre, Zwang zur Enthüllung als Geisteskrankheit bei politischen Gelegenheiten, die recht oft künstlich geschaffen werden, falsche Aussagen in gesellschaftlicher Hinsicht, analoges Zurückziehen gefährdeter Personen selbst im rein gesellschaftlichen Verkehr, das sind die Methoden moderner Dragonaden im Saargebiet.

Und alles unter den Augen des Völkerbundes! Seine neue Kommission unter Führung des Herrn Klotz wird den ganzen Umfang des geheimen Terrors nur zum kleinsten Teil erfahren. Das Schlimme ist: gegen diese Art des Terrors gibt es keinen wirksamen Schutz! Oft wagen die Terroristen noch nicht einmal, von dem gegen sie geübten Terror Kenntnis zu geben, weil sie sonst noch schlimmere Nachteile befürchten müßten. Wer kann unter solchen Umständen an die Freiheit und Unbeeinträchtigung der Abstammung denken? Mit welchen Mitteln will der Völkerbund diesem Terror Einhalt gebieten?

Wahrlich, der Völkerbund ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden. Er hat ein Mandat übernommen, das er verpflichtet ist auszuführen. Nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes, auch nach dem Geist und der sittlichen Verantwortung, die auf ihm lastet.

Marxist schon einmal festgelegt, aber wieder beurlaubt worden. Anstatt sich ruhig zu verhalten, hielt er es jetzt für nötig, den deutschen Gruß verächtlich zu machen.“ Die Folge war seine Wiederhaftung. Er ist erwerbslos, Vater von fünf kleinen Kindern.

„Belohnte Pflichterfüllung“. Waldschbach, 19. Jan. Bei der achtzigsten Reichsgeburtstagsfeier wurde der SA-Scharführer Maurer, der Fahnenwache verlor, von einem vorläufigen Unwohlsein befallen. Er wollte sich aber nicht vorzeitig ablösen lassen, und hielt die Fahne so lange, bis er umfiel. Für sein vorbildliches Verhalten ernannte ihn Sturmabführer Anshög zum Oberstabsführer.

Land der Denunzianten

„Lieber Gott, mach mich stumm...“

Die „Rheinische Zeitung“ berichtet: Falsche Anzeige gegen einen Wachtmeister Ein höchst gefährlicher Brief stand in einem 27jährigen Straßenhändler vor dem Schöffengericht.

Der Angeklagte hatte eine Beschwerde über einen Polizeihauptwachtmeister an das Präsidium eingereicht, in der er behauptete, ihm habe der Wachtmeister erklärt, er spucke sowohl auf die SPD, wie auf die NSDAP. Zum Glück war der Beschuldigte imstande, den Nachweis zu führen, daß er niemals eine derartige Äußerung getan hatte. Trotzdem blieb auch in der Verhandlung der Angeklagte bei seiner Behauptung, diese Worte habe der Wachtmeister ihm gegenüber gebraucht. Der Wachtmeister selbst erklärte als Zeuge unter Eid, es handle sich um nichts als um einen Nachsatz des Angeklagten. Er habe dem Mann, der auf der Straße mit Blumen handelte, noch mehrfachen erfolglosen Verwarnungen Protokolle machen müssen. Da sei der Angeklagte zu ihm gekommen und habe ihm gedroht, sich bei der NSDAP über ihn zu beschweren, dann müsse er seinen Kopf ausziehen. Und da

habe er erwidert, er solle sich beschweren, wo er Lust habe, er tue als Beamter nichts als seine Pflicht. Diese Äußerung fügte auch ein anderer Wachtmeister mit seinem Eid, der bei dieser Aussprache zugegen gewesen war. Das Gericht bestrafte in diesem Fall den Angeklagten mit vier Monaten Gefängnis, und der Vorsitzende sagte in der Begründung, die Anzeige sei geradezu infernalisch, denn sie hätte dem Beschuldigten unter Umständen sein Amt und damit auch seine Ehre gekostet.

Ein Brief an den Weidischen Rundfunk

Ein Ehefrau hatte an den Weidischen Rundfunk einen Brief geschrieben, in dem sie ihrem Ehemann Ausdruck gab, daß ein Schriftsteller, der über Reichstagsminister Hitler abfällige Bemerkungen gemacht habe, ausgerechnet bei dem nationalen Rundfunk als Mitarbeiter herangezogen werde. Auch von diesem Schreiben war der Betroffene in Kenntnis gesetzt worden, und da es sich um seine Ehre handelte, hatte der Schriftsteller nur mit einer Anzeige wegen übler Nachrede antworten können, um seine verdiente Ehre wiederherzustellen.

Im Laufe der Verhandlung ergab die Beweisaufnahme, daß sich die Angeklagte sicher geirrt hatte, denn der Schriftsteller konnte den Nachweis führen, daß er sich schon seit Jahren für die nationale Bewegung eingesetzt habe. Das gelang ihm auch Rechtsanwalt Barthele als Verteidiger der Angeklagten zu, obgleich er auf einen Freispruch aus dem 8. 100. 2100. Wahrnehmung berechtigtster Interessen plädierte. Die Angeklagte führte er dazu aus, wohne mit dem Schriftsteller in demselben Haus und habe wohl gelegentlich eine Neuerung des Herrn falsch verstanden. Deshalb sei sie des Glaubens gewesen, der Schriftsteller vertrete eine linke Richtung, und in der Empörung darüber habe sie das Schreiben des Briefes an den Rundfunk für ihre Pflicht gehalten. Der Rundfunk sei öffentlich, sie habe also mit dem Brief nur öffentliche Interesse wahrgenommen. Das Urteil erlangt auf Freispruch der Angeklagten. In der Begründung heißt es, an der nationalen Meinung des Zeugen könne nicht im mindesten gezweifelt werden.

Bombenattentat in Zürich

Auf einen Redakteur des sozialdemokratischen „Volksrecht“

Sonntag nacht wurde auf den Redakteur des sozialdemokratischen „Volksrecht“ Jakob Grau in Zürich ein Bombenattentat ausgeführt, bei dem glücklicherweise niemand verletzt wurde. Man beobachtete den Täter, wie er auf der Straße stehend die Zündschnur der Bombe in Brand setzte und nach dem Zünden der im ersten Stock gelegenen Wohnung schiederte. Die Scheiben gingen in Trümmer. Die Bombe, die aus einem 12 Zentimeter langen und drei Zentimeter dicken Eisenrohr bestand, fiel in den neben dem Schlafzimmer liegenden Raum, explodierte und setzte das Zimmer in Brand, den die Feuerwehr rasch löschen konnte. Das Ehepaar Grau hatte sich schon zur Ruhe begeben. Der am Mobiliar angerichtete Schaden beträgt etwa 700 Fr., der Gebäudeschaden 200 Fr.

Der Täter flüchtete und entkam unerkannt,

da sein Passant die Verfolgung aufnahm. Unmittelbar vor der Tat wurde ein Auto beobachtet, das mehrmals vor dem Hause hin- und herfuhr, doch weiß man noch nicht, ob es in irgendeinem Zusammenhang mit der Tat steht. Der Verdacht ist nahelegend, daß das Attentat politischen Motiven entspringt, und daß der Zeitpunkt des Anschlages mit Absicht auf den Tag der Volksabstimmung über das Gewerkschaftsgesetz gelegt wurde.

166 Todesurteile - 104 Galgen

Pilsudskijustiz in Polen

(P.S.) Das statistische Hauptamt in Polen hat das „Kleine Statistische Jahrbuch“ für 1933 herausgegeben. Das kleine Jahrbuch ist vom Kultusminister als Handbuch für Lehrer bestimmt worden und trägt also offiziellen Charakter. Es enthält 25 Kapitel, von der Meteorologie angefangen bis zu den Selbstverwaltungen.

Die Angaben über die Standgerichte lauten:

In der Zeit von 1928 bis zum 2. September 1931 waren Standgerichte in manden Kreisen der Wojewodschaft Lublin, Stanislawow und Tarnopol tätig, vom 2. September 1931 an auf dem Gebiet des ganzen Landes. Im Jahre 1928 wurden im standgerichtlichen Verfahren 6 Personen verurteilt, davon 2 zum Tode. 1929 wurde 1 Person

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Der Turm Saint Jacques wird nach vierjähriger Restaurationsarbeit vom Gerüst befreit.

Im Jardin du Luxembourg ist der erste Vorfrühlingsbetrieb bemerkbar.

Die Markenmarder, die für 40 Millionen Beute in Frankreich eroberten, haben, wie die Untersuchung feststellte, in Berlin für einen Teil des Geldes Rauschgifte zum Vertrieb eingekauft, und zwar — im Juli 1933 — im sittlichen Reich Hitlers!

Die Totenstadt Verdun hat an Stelle des bei dem großen Eisenbahnunglück vor Paris umgekommenen Bürgermeister Schleifer den 1. Adjoint Panau gewählt. Schleifers ältester Sohn wurde 3. Adjoint.

Großes Aufsehen erregte es, daß in Bayonne die Journalistin Delurac von der „Gazette de Biarritz“ den städtischen Adjoint Simonet, den Anwalt Garats, ohreifeigen wollte. Simonet hatte sie in ihrer Berufschre beleidigt.

Krach vor dem Friedenscafé

Die Demonstranten haben ihren Aufmarsch bekanntlich vom linken Ufer vor das Café de la Paix verlegt, um das Palais Bourbon auch von rechts zu nehmen.

Es ist interessant, wie der Präfekt Chiappe, ohne jedes Blutvergießen bösen Berliner Vorbilds, sich gegen den außerparlamentarischen Aufmarsch wehrt: er stellt Posten vor das Gebäude der Action Française, und wer ein- und ausgeht, wird sistiert.

Das ist das eine. Das andere ist die Wegschaffung der eisernen Gitter um die Straßenbäume. Diese Gitter waren früher aus Gußeisen, heute sind sie an sich schon schwerer transportabel — nun hat man sie ganz dem Zugriff der Camelots, der Jeunes patriotes, der Solidarité Française, der Fédération des Contribuables — das sind die Hauptdemonstranten — entzogen.

Daß die Tische und Stühle ausgerechnet in den Terrassen des Friedenscafés kaputt gingen, ist ein böser Zufall der Weltgeschichte.

Zu erwähnen ist noch, nach einem Bericht des „Temps“, daß immer die Kampfreihen des Abends eine Stunde leer sind. Das ist die heilige Stunde des Abendessens, in der der Franzose sich durch nichts, auch nicht durch Léon Daudet, stören läßt.

Von „deutscher Seele“

Es ist von pittoreskem Reiz, daß im selben Moment, in dem Pilsudski und Hitler „nicht umhin können“, der Pariser Academie des sciences ein Werk von M. Henri de Montfort über „Die Entwicklung des Polonismus in Ostpreußen“ vorgelegt wird.

Ferner legte der Lyoner Universitätsprofessor Louis Reynaud ein Werk: „L'âme allemande“ vor, das von Paul Gautier sehr gelobt wurde.

Das Urteil des Salomo

In Frankreich ist man in Dingen des politischen Witzes nicht empfindlich. Beweis: die Montmartre-Sänger, die sich manchmal die stärksten Stücke gegen die Regierung leisten, ohne daß je ein Minister einschreitet. Hauptsache: nur witzig muß es sein.

Man darf vielleicht folgende neueste Geschichte weitertragen:

Deutsche Poliklinik

Tel. Trinité 43-15 Méro Pigalle Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. Innere Medizin, Augen, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Klagen, Diätetik, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blau-, Horn- u. Geschlechtskrankheiten	b) Chirurgie Zweitgrößte Spezialambulanz. Vierstüdiges Gebäude. Zimmer klein, saubere und große Chirurgie. Die allerwunderschönste Ausstattung sowie 2 Operationssäle.	c) Geburtshilfliche Klinik Vierstüdiges Gebäude. Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Anst. 11 Heb- und 2 Operationssäle.	d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, Brücken, Kautschukarbeiten
--	---	--	--

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

in demselben Verfahren zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Im Jahre 1930 hatte das Standgericht nichts zu tun.

Die „Ernte“ begann im Herbst 1931. Im Verlaufe von vier Monaten dieses Jahres wurde gegen 66 Personen im standgerichtlichen Verfahren verhandelt, 39 davon wurden zum Tode verurteilt, 13 zu Gefängnisstrafen, 13 Strafsachen wurden an das gewöhnliche Gericht überwiesen, 1 Angeklagter wurde freigesprochen. Von den 39 Verurteilten wurden 13 begnadigt, vollstreckt wurden also 26 Todesurteile.

Im Jahre 1932 nehmen diese Ziffern gewaltige Ausmaße an. Von 244 Personen, gegen die im standgerichtlichen Verfahren verhandelt wurde, wurden 127 zum Tode verurteilt, 77 zu Gefängnisstrafen, 1 Person wurde freigesprochen und 39 Angeklagte dem gewöhnlichen Gericht übergeben. Von den 127 zum Tode Verurteilten wurden 78 hingerichtet, 49 wurden begnadigt. Für das Jahr 1933 schließt die Angaben noch. Angeklagt wurden in einem Zeitabschnitt von 16 Monaten 166 Personen zum Tode verurteilt, davon wurden 104 hingerichtet.

Die meisten Todesurteile entfallen auf die östlichen Wojewodschaften. Von 98 zum Tode Verurteilten wurden 79 hingerichtet. Dann kommen die südlichen Wojewodschaften: von 38 Todesurteilen wurden 8 vollstreckt.

Die zitierte Statistik umfaßt nicht die von den Militärgerichten gefällten Todesurteile.

Tschechei weist aus

(Jupress): Der revolutionäre Schriftsteller Peter Maslowka, der sich als Emigrant in der Tschechoslowakei aufhält, ist auf Verfügung der Prager Polizeidirektion ausgewiesen worden.

Grumbach, der frühere Député von Mülhausen, schwankt, ob er den „Weichen“ oder den „Harten“ innerlich näher steht. Zur Rede gestellt, antwortet er: „Ich warte das Urteil der Geschichte ab.“

„Das wahre Urteil des Salomo“, rief jemand auf dem letzten Seine-Kongress, als diese schöne Geschichte erzählt wurde (Grumbach heißt nämlich mit Vornamen Salomon) — und der Fall war auf französische Art entschieden.

Kiki und der Freund der Negerin

Kiki ist in diesem Fall kein deutscher Film, sondern der Spitzname des sozusagen Banditen Raphael Fusco, der einer derer war, die das Postamt in Saint-Barnabé überfielen und dabei auf das Geschrei der Postbeamtinnen drei Polizeileute niederknallten. Der Vorsingende hat ihn jetzt bei der Verhandlung in Aix mit „Kiki“ angeredet. „Was, Sie wissen das?“, sagt der überraschte Verbrecher. „Ja“, sagte der würdige Mann im Talar, „ich war nämlich schon mal Untersuchungsrichter in einer Sache gegen sie, als sie drei Monate mit Strafaufschub erhielten. Sehen Sie, Sie haben das vergessen, aber ich weiß das noch.“ Dieser Kiki kam übrigens einigermassen gut weg, er erhielt nur fünf Jahre Zuchthaus.

Der alte Mörder Maucuer, ein intelligenter Kopf mit goldener Brille, der mitsamt seinem heulenden Freunde Joulia zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wurde, ist ein kurioser Mensch. Dieser Modellarbeiter zu Paris, der den gemeingefährlichen Irren spielt, wurde auch unter seltsamen Umständen verhaftet. Er wollte gerade zu einer Negerin ins Haus, die er besonders liebte, und hatte ein Tafelservice, zwölf Löffel und zwölf Gabeln bei sich, was er damit erklärt, daß er damals keine Bleibe hatte und sein Silbergeschirr mit sich herumtrug. Er war einmal zu Avignon verheiratet, erklärt aber, den Namen seiner Frau vergessen zu haben. Andererseits versteht er sehr gut zu „türmen“; er ist zweimal in seiner Abwesenheit zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden.

Maucuer ist einer der schwersten Verbrecher der neueren Zeit. Mit ihm zusammen in derselben Zelle liegen zu müssen, war der besondere Kummer von einem Manne wie Sarret, der die Leiche eines Expriesters im Schwefelbad beseitigt hatte, wie hier im Prozesse der „bayerischen Schwestern“ Schmidt gezeigt wurde. Die kleine Stadt Aix in der Provence, wo beide Prozesse stattfanden, kommt aus ihrem Staunen nicht heraus.

Zolas Nana in Amerika

Zolas berühmte Nana, der Frauentyp, der eine ganze Generation von Männern beherrschte und bis zum Kriege als Uniform der Femina galt, wird jetzt in Hollywood auf den Geschmack der Gegenwart zugerichtet. Anna Sten spielt dort die Nana, aber von dem Sittenroman des großen Zola ist nicht viel übrig geblieben. Man hat daraus eine Geschichte von einer Bauerntochter gemacht, die nach Paris kommt, wo sie die Geliebte des Revierdirektors Greiner wird, das ist der Bordenave des Zola-Romans. Ein junger Offizier, Georges de Muffat, verliebt sich in sie, dieser Name aus dem Roman ist geblieben. Schließlich erschießt sich Nana im 70er Kriege, nachdem ihr Geliebter auf Urlaub kommt. Anna Sten, die die Hauptrolle der Nana spielt, ist bekanntlich durch den „Gelben Paß“ berühmt geworden.

BRIEFKASTEN

Arbeitslosh. Sie schreiben und: Emigranten haben meistens kein Geld, und trotz allem sprudelt wunderbarerweise doch immer ein neues Brünnelein. Freunde im Auslande helfen einander, wo sie nur können; und so geschah, daß der Geldbriefträger einer Schweizer Großstadt öfter einer Tame Geldsendungen brachte, die sie von ihren Freunden für einen Emigranten erhielt. Der Geldbriefträger, der die Tame schon jahrelang kannte, war erkannt und konnte es nicht überwinden, beim Abfertigen die Tamsche des ärmsten Weltempfängers festzuhalten. Auf die Antwort der Tame, daß das Geld nicht für sie sei, kam sofort die Gegenfrage: „Dann ist es wohl für einen Emigranten?“, und stehend legte er fort: „Wissen Sie, da möchte ich mich auch beteiligen, greift in die Tasche, halt ein Münzfrankenstück heraus und kredit es der Tame entgegen. So reizvoll es wäre, die psychologischen Gründe dieser menschenfreundlichen Handlung aufzudecken, so sieht man in ihr doch die Abwehr des Nichtgleichgültigen gegen Willkür und Barbarei und kann nur sagen: So lange noch Menschen so denken und handeln, so lange wird die Schweiz gegen die Zengungen des Nationalsozialismus gefestigt sein.“ — Der Dank, den Sie diesem Geldbriefträger widmen, ist nicht nur für ihn eine Ehre. Eine solche anonyme Tat bezeugt die Würde menschlicher Bestimmung besser, als es viele Artikel an tun vermögen.

R. S., St. Gallen. Welchen Dank Brief und Zeitung haben wir Herrn R. S. weitergegeben.

R. C., Paris. Häpeltchen des deutschen Reichsfanziers gibt es in seinen Reden und Schriften manchenhaft. Es ist richtig, daß er auch den freien Reichspräsidenten gelegentlich angerempelt hat. Da habe nicht Reichspräsident, sondern nur Oberpräsident ist, glaubt er, daß im Schimpfen keine Rezerose auferlegen zu müssen. Ofter wird ihn darum beneiden.

D. Zirsdorf. Eine der neuen deutschen Luftpostmarken trägt das Bild Otto Viliensfelds, der in den neunziger Jahren bei Flugversuchen in der Nähe Berlins abgestürzt ist. Seine flugtechnischen Erkenntnisse waren wegweisend. Unseres Wissens war er Jude.

„Aus Mannheim.“ Es ist richtig, daß dem früheren sozialdemokratischen Redakteur Dorpader in Mannheim und seiner Frau die 1919 erworbene badiische Staatsangehörigkeit aberkannt worden ist. Dorpader war ein angelegener sehr gemäßigter Journalist. Er lebte seit mehreren Jahrzehnten in Deutschland.

Konstantin. Ohne Namensunterschrift können wir derartige Mitteilungen nicht übernehmen. Wenigstens müssen wir Rückfragen stellen können. In diesem Falle werden wir uns an einen Freund wenden, der mehrere Monate in diesem Lager zugebracht hat.

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann Vih in Tschammer; für Anzeigen: Otto Ruhn in Saarbrücken, Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5.

Dr. Spécialiste

40, rue de Rivoli - Métro Châtelet

RADIKALE HEILUNG VON BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden

Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität Impulsverfahren Trypaffe Virusimpfungen

Blut- und Harn-Untersuchungen Spektroskopie Salvarsan. Wundheilung

sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr Konsultationen von 25 Fr. ab.

Man spricht deutsch

Deutsches Zahnärztliches Institut

12, RUE DE SOUZA Métro - Saxe, Pigalle Tel. Trinité 96-27 Sprechstunden: 9-11, 14-18 Uhr

Zahn- u. Mundkrankh., Klagen, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan

NEUEIT: PORZELAN-KRONEN UND -BRÜCKEN

Umschichtung schlechtstehender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden

SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVOSE UND HERZKRANKE

MÄSSIGE PREISE, UNTERSUCHUNG U. BERATUNG KOSTENLOS

Gut eingeführtes luxemburgisches Fabrikations- und Handelsunternehmen, ausbaufähig, mit großem Kundenkreis in Luxemburg und Elsaß-Lothringen, sucht zwecks weiterer Ausdehnung

stillen oder tätigen Teilhaber

mit einer Einlage von 50-75 Mille. Offerten von nur ernsthaften, strebsamen und arbeitsfreudigen Herren, die sich in Luxemburg eine neue und sichere Existenz gründen wollen, erheben unter Nr. 294 an die „Deutsche Freiheit“ Saarbrücken

TAYLOR HOTEL

4, RUE TAYLOR, PARIS 10^e

(Gare Nord et East Telephone Botschaft 13-83)

Schön, immer, billige Preise. Wenn Sie natürlich und ruhig wohnen wollen, so steigen Sie im Hotel „TAYLOR“ ab.

Einkauf und Anlieferung von Verarbeiteten

BRILLANTEN . GOLD SILBERWAREN . UHREN

täglich Geigenheim-Verkauf

BETTER, 49, FAUBOURG MONTMARTRE

MAN SPRICHT DEUTSCH

LECONS DE FRANCAIS

monatlich von 40 Fr. an, nachweisbare beste Erfolge. Mlle BAYAGE O. L. P. 105, Bd. Magenta, Métro Gare du Nord

BEKANNTESTER deutscher Fachmann

sucht 50000 Fr. auf Beteiligung, zum Kauf einer BAR, im besten Viertel von BRÜSSEL. Seltenste Gelegenheit.

Antwort an: 1633

Ag. Havas, BRÜSSEL, Belgique

Steuerfragen Gesellschaftsgründungen

Wenden Sie sich an

F. BRIQUEU

LICENCIE EN DROIT

ehemaliger Kontrollleur der direkten Steuerbehörden, um von offiziellen Standpunkt aus beraten zu werden.

25, Bd. Bonne-Nouvelle, PARIS (2). Telefon Louvre 22-93